

Wir helfen zu helfen

Wie der Paritätische das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für Flüchtlinge unterstützt



WERTE DIALOG  **Was wirklich wichtig ist ...**
www.werte.paritaet.org



Foto: Bauer

4



Foto: Axel Herzig

15



Foto: Der Paritätische/hgk

32

Editorial 3

Thema
Wir helfen zu helfen
Wie der Paritätische das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für Flüchtlinge unterstützt

Rückenwind für ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete 4
 Wichtig ist, die richtigen Fragen zu stellen Flüchtlingen Deutschunterricht geben: Ein Online-Kurs vermittelt das Know-how 8
 Agenda der deutschen Flüchtlingspolitik 9
 Deutschland mit den Augen der Flüchtlinge sehen 11
 Helferinnen und Helfer am Hamburger Hauptbahnhof stemmen eine Riesen-Aufgabe 13
 Hand in Hand für Flüchtlinge 15
 „Work for Refugees“ in Berlin 16
 Jetzt ist Gemeinwesenarbeit gefragt 18
 Damit aus Geflüchteten Bürger und Bürgerinnen werden 19
 Zeit für einen Neustart in der Flüchtlingspolitik 20
 „Restriktion statt Integration“ 21
 Flüchtlingsfrauen besser vor Gewalt schützen! 21

Verbandsrundschau
 Vielfalt leben! – Projektideen gesucht 22
 Neues Online-Tool für Kindertagesstätten 22
 Armutspolitischer Hauptstadttag 23
 Abschlusskonferenz zum Wertedialog des Paritätischen 23
 Protest gegen TTIP und CETA: Konferenz in Kassel 23
 Sozialpreis für engagierten Journalismus 24
 Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung jetzt unter Trägerschaft der NAKOS 24
 „Vordergründig geht es um die Definition von Armut – tatsächlich aber um knallharte Interessenpolitik“ 25
 Paritätisches Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus 27
 Sparen leicht gemacht: Aktuelles zu Rahmenverträgen 27

Sozialpolitik
 Belastung der Pflegekräfte steigt 28
 „Strom ist kein Luxusgut“ 29
 Kritik an Regelsatzberechnung 29
 „Chancen der Vergaberechtsreform für die Qualität sozialer Dienstleistungen nutzen“ 30
 Demonstration des Aktionsbündnisses „PEPP stoppen“ 30

Forum
 Neues Karriereportal der Studentenwerke 31
 Das besondere Produkt: die Albliege 31
 Tanzen mit und ohne Behinderung 31
 Farbenfroher Kinder-Kunst-Kalender 32
 Schutz für geflüchtete Frauen in München 32
 Infos zu Medikamenten in der Schwangerschaft 33

Hören & Sehen 34
Buchtipp | Impressum 35
was? – wann? – wo? 36



Professor Dr. Rolf
Rosenbrock,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands

Liebe Leserinnen und Leser,

im Dezember 2015 war ich zum zweiten Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt eingeladen. Gemeinsam mit Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft suchte man dort nach Anregungen, um für die Zuflucht suchenden Menschen wieder ein Zipfelchen Normalität zurückzugewinnen. Ziel war es, endlich aus dem Krisenmodus herauszukommen und schrittweise zu einem humanitären und geregelten Umgang mit den Geflüchteten zurückzukehren – im staatlichen Handeln, wie auch in der Arbeit der helfenden Menschen und Organisationen vor Ort.

Einen Punkt, der mir dort besonders am Herzen lag, möchte ich hier auch noch einmal ansprechen. Von Helmut Schmidt stammt der Satz: „Politik ist pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken.“ Wenn „pragmatisch“ dabei verlässlich und auch „humanitär“ heißt, dann ist solches Handeln auch in der Flüchtlingspolitik gefragt. Im Krisenmodus – in dem wir uns unzweifelhaft befinden – muss man mitunter die deutsche Gründlichkeit mit deutscher Flexibilität verbinden. Das heißt, dass in dieser Situation nicht immer in allen Fällen alle Regeln eingehalten werden können. Das ist einerseits richtig und pragmatisch, aber es besteht auch die Gefahr, dass Ausnahmen von den Regeln auch die Regeln an sich korrumpieren. Oder anders

ausgedrückt: Es besteht die Versuchung, aus den Ausnahmen die Regel zu machen.

In diesem Zuge hören wir zahlreiche Berichte aus Kommunen, in denen die aktuelle Situation genutzt wird, um beispielsweise Standards in der Kinder- und Jugendhilfe abzusenken. Dort werden dann die Personalschlüssel bei der Betreuung unterschritten, statt der eigentlich vorgeschriebenen Pädagogen und Pädagoginnen auch schon einmal anderweitig erfahrene Personen eingesetzt oder junge Hilfebedürftige nicht in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht, sondern in einer Einrichtung für Erwachsene.

Mitunter mögen diese Maßnahmen in der aktuellen Situation unvermeidlich sein. Aber alle Ausnahmen müssen kompetent entschieden und dokumentiert werden, damit sie als Ausnahmen kenntlich bleiben. Andernfalls droht eine permanente Absenkung von Standards. Diese Standards sind fachlich begründet, politisch hart erkämpft und damit schlicht zu wertvoll, um sie einfach so aufzugeben.

Eine dauerhafte Standardabsenkung wäre ein Einstieg in eine gefährliche Spirale nach unten: Es muss alles dafür getan werden, dass bedürftige Menschen in Deutschland keinen Grund zu der Annahme haben, dass alles Geld, alle Zuwendung und alles

Personal in die Integration von Geflüchteten geht und sie selbst deshalb vernachlässigt werden. Akut werden diese Befürchtungen im Hinblick auf die Unterbringung von Obdachlosen, aber eben auch in der Kinder- und Jugendhilfe bekannt und für politische Stimmungsmache missbraucht. Hier sind politischer Wille, Ressourcen und Aufklärungsarbeit vonnöten, um zu zeigen, dass wir es nicht zulassen werden, eine Gruppe von Bedürftigen gegen die andere auszuspielen.

Die Mitgliedsorganisationen im Paritätischen und viele Ehrenamtliche leisten Beachtliches und oft auch Großartiges, wenn es darum geht, allen Hilfe- und Unterstützungsbedürftigen gerecht zu werden. Nachdem wir in der Sommerausgabe des Verbandsmagazins bereits eine Reihe von Praxisbeispielen vorgestellt haben, steht im Mittelpunkt dieser Ausgabe, wie der Verband seinen Mitgliedsorganisationen dabei hilft, Flüchtlingen zu helfen.

Herzlich Ihr



Ob im großen Kreis oder in kleiner Runde: Das Auftakttreffen des Projekts „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge“ bot den Akteurinnen und Akteuren beteiligter Projekte viel Gelegenheit zum Erfahrungs- und Informationsaustausch und zur Vernetzung.

Fotos: Ulrike Bauer



Rückenwind für ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete

„Koordinierung, Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge“ heißt ein neues Projekt des Paritätischen Gesamtverbands, in dessen Rahmen 44 Mitgliedsorganisationen sowohl finanziell als auch fachlich unterstützt werden. Finanziert wird das Projekt mit Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Es sei das größte Projekt dieser Art, das die Integrationsbeauftragte jemals umgesetzt habe, betonte Harald Löhlein, Leiter der Abteilung Migration und Internationale Kooperation des Paritätischen Gesamtverbands, beim Auftakttreffen des Projekts im Dezember in Berlin. Entsprechend groß sei auch die Aufmerksamkeit, mit der die Politik die Umsetzung des Projekts verfolge.

3,5 Millionen Euro hat Staatsministerin Aydan Özoğuz den Wohlfahrtsverbänden insgesamt zur Verfügung gestellt, um von September 2015 bis Ende 2016 die ehrenamtliche Arbeit mit Flüchtlingen zu stärken. Die Verbände einigten sich auf eine Rahmenkonzeption, die jedem Verband Spielraum lässt, eigene Schwerpunkte zu setzen. Der Paritätische legt den Fokus stark auf den Aspekt der Partizipation und

eine vorurteilsbewusste, rassistismuskritische Arbeit. Zentrale Fragen sind: Was wollen und brauchen Geflüchtete? Wie können Autonomie und Teilhabe von geflüchteten Menschen gestärkt werden? Wie können sie konkret in die Planung und Umsetzung von Projekten eingebunden werden? Aber auch: Welche Unterstützung benötigen Hauptamtliche in den Organisationen und Einrichtungen? Wichtig ist dem Verband

zudem die sozialräumliche Orientierung der Initiativen, die Zusammenarbeit der Projekte beispielsweise mit Nachbarschaftshäusern, Freiwilligenagenturen, Willkommensinitiativen und Betreibern von Unterkünften.

Nachdem bereits im Sommer die ersten im Rahmen des Programms geförderten Projekte gestartet sind, ging es beim Auftakttreffen in Berlin-Pankow nun darum, zu schauen: Was läuft in der Praxis gut, was noch nicht? Was ist bei der Vertragsgestaltung und der Finanzierung zu beachten? Wie kann der Paritätische Gesamtverband die Arbeit vor Ort konkret unterstützen, wo lassen sich Schwerpunkte setzen, wie Synergien schaffen und Erfahrungen bündeln? Welchen Bedarf an Arbeitshilfen oder Schulungsmaterialien gibt es? Was an vorhandenen Materialien lässt sich für die bundesweite Nutzung aufbereiten?

Großes Potenzial an Ideen

Projektreferentin Susann Thiel: „Immer mehr Menschen möchten sich engagieren, häufig fehlen jedoch Strukturen, diese sinnvoll einzubinden, ihren Einsatz zu koordinieren und sie zu qualifizieren. Genau hier setzt unser Projekt an. Und die große Vielfalt der Mitgliedsorganisationen, die sich um eine Förderung ihrer Vorhaben beworben haben, zeigt: Im Verband gibt es ein großes Potenzial an Ideen für sinnvolle Unterstützungsangebote für und mit Geflüchteten. Das wollen wir mit unseren Möglichkeiten unterstützen.“ Dazu gehören fachliche Begleitung, Informationstransfer, Vernetzung und Qualifizierung sowie Lobbyarbeit. Schwerpunkte der Qualifizierung sind: Schulung der Ehrenamtlichen in Fragen des Asylverfahrens (Asylrecht, Grenzen der Rechtsberatung) und Organisation der Freiwilligenarbeit (strukturelle Basis, psychosoziale Begleitung, Sensibilisierung für interkulturelle Aspekte).

Insgesamt können mit den Mitteln der Integrationsbeauftragten unter dem Dach des Paritätischen 44 Projekte gefördert werden. Die einen bieten Deutschunterricht an, die anderen Wohnungsberatung für geflüchtete Menschen, wieder andere geben Broschüren für Flüchtlinge oder Helferinnen

und Helfer heraus, um nur einige Beispiele zu nennen. Zu den Akteuren gehören vier Landesverbände (Schleswig-Holstein, Hamburg, Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland) vier Träger von Flüchtlingsunterkünften sowie neun Migrantenorganisationen. Von Nord bis Süd, von Ost bis West sind alle Himmelsrichtungen auf der Projekt-Landkarte repräsentiert. Die Volkssolidarität in Uecker-Randow ist ebenso dabei wie der Deutsche Familienverband Sachsen-Anhalt in Magdeburg, Arbeit und Integration in Bad Pyrmont, das Allerweltshaus Köln und der Freundskreis Asyl in Karlsruhe.

Extra-App entwickelt

Zu den Projekten, die bei dem Auftakttreffen ihre Erfahrungen präsentierten, gehört auch das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen, das in Köln in der Nähe einer großen Aufnahmeeinrichtung liegt. Mitarbeiter Usama El Amarine berichtete vom breiten Spektrum der Hilfen, die das Zentrum für rund 700 Flüchtlinge unabhängig von deren Religionszugehörigkeit anbietet, und wie Ehrenamtliche dafür geschult werden, aber auch, wie ihr Einsatz koordiniert wird. Nachdem sich Whatsapp-Gruppen bereits bewährt haben, wird nun eine Handy-App fürs Terminmanagement entwickelt. Und gemeinsam mit der Verbraucherzentrale erstellt das Zentrum eine Broschüre, mit der Flüchtlinge über die Gefahr von Haustürgeschäften aufgeklärt werden. Sylke Känner, Referentin beim Paritätischen Hamburg, berichtete über eine Reihe geplanter Workshops zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen sowie eine psychosoziale Beratungssprechstunde. „Wir haben festgestellt, dass sich viele Freiwillige sehr auspowern“, betonte sie. Daher sei es auch wichtig, sich mit Themen wie „Selbstfürsorge, Nähe und Distanz sowie Grenzen setzen“ zu beschäftigen.

Sehr beeindruckt waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von den Schilderungen Uwe Erbels zur Arbeit von IBIS e.V. in Oldenburg. Die Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung setzt sich seit 1994 für das friedliche Zusammenleben von Menschen unter-

schiedlicher Herkunft ein. Als sie im Sommer interessierte Ehrenamtliche zu einem Treffen einlud, kamen statt der erwarteten 30 mehr als 300 Menschen, die Flüchtlingen helfen möchten. „Die Leute standen auf der Straße und im Garten.“ Kurzentschlossen einigte man sich auf die Gründung von Arbeitsgruppen und die Informationsweitergabe über Mailinglisten, um die große Hilfsbereitschaft sinnvoll koordinieren zu können. Eine besondere Herausforderung dabei: unterschiedliche Angebote für jene zu entwickeln, die langfristig und kontinuierlich aktiv sind, und für die anderen, die sich lediglich kurzfristig engagieren möchten.

Abschlussstaging im Oktober

Zum Ende des Förderzeitraums ist für Oktober 2016 ist eine gemeinsame Abschlussstaging aller Verbände geplant, bei der es dann unter anderem – basierend auf den Erfahrungen aus den Projekten – um die Frage gehen soll, worauf es in Zukunft bei der Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten ankommt und wie sie verstetigt werden kann.

Kontakt und weitere Infos:

Susann Thiel, Tel.: 030|24636-472

E-Mail: fhp@paritaet.org

www.fluechtlingshilfe.de

UB

Der Informationsverbund Asyl und Migration e.V. bietet künftig auf www.fluechtlingshilfe.info wichtige Hintergrundinformationen für Menschen, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren. Auf seiner neuen Internetpräsenz gibt es unter anderem eine Materialsammlung zu rechtlichen Fragen und zu allgemeinen Fragen rund ums ehrenamtliche Engagement. Darüber hinaus finden Interessierte Schulungsmaterialien, Infos über Projekte und Termine, Links und Adressen. Zudem plant der Informationsverbund eine Zusammenstellung weiterer Basisinformationen über asylrechtliche Fragen. Träger des Verbunds sind der Paritätische Gesamtverband und die anderen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie pro asyl, amnesty international und der UNHCR. ► www.asyl.net

DAS INTERVIEW

Mit Beratung und vielfältigen Angeboten zur fachlichen Qualifizierung unterstützt das Paritätische Bildungswerk Bundesverband soziale Einrichtungen sowie staatliche Institutionen bei der interkulturellen Öffnung und deren Fachkräfte beim Ausbau interkultureller Kompetenz. Sabine Kriechhammer-Yağmur berichtet, wie Kindertagesstätten, Familienzentren, Frauenhäuser und andere Träger der sozialen Arbeit sich auf Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung einstellen können.

Wichtig ist, die richtigen Fragen zu stellen

Frau Kriechhammer-Yağmur, das Paritätische Bildungswerk bietet seit vielen Jahren Seminare, Kurse und Beratung zur interkulturellen Öffnung und Kompetenz sowie zur vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung an. Können Sie Mitgliedsorganisationen des Paritätischen auch gezielt unterstützen, wenn es darum geht, jetzt der steigenden Zahl von Flüchtlingen gerecht zu werden?

Sabine Kriechhammer-Yağmur: Unsere Begleitung bei der interkulturellen Öffnung zielt ja generell darauf ab, die Barrieren abzubauen, die Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zu sozialen Einrichtungen und Leistungen erschweren. Dabei geht es um die strukturelle Ebene von Konzepten und Personalpolitik, die fachliche Ebene von Wissen und Fortbildung und die persönliche Ebene von Haltungen und Einstellungen. Viele Träger, die bereits unsere Angebote genutzt haben, sind grundsätzlich schon sehr sensibilisiert für dieses Thema. Jetzt kommt aber noch ein wichtiger inhaltlicher Aspekt hinzu: Die Frage, wie wir jene Kinder und Erwachsene unterstützen können, die Fluchterfahrung und zum Teil auch sehr traumatisierende Erlebnisse bewältigen müssen. Darum haben wir jetzt eine neue Seminarreihe gestartet mit dem Titel „Wenn der Elefant ein Panzer sein kann“. Dabei geht es vor allem um die Arbeit mit Flüchtlingskindern und ihren Familien.

An wen wenden Sie sich genau?

Das sind vor allem Erzieherinnen und Erzieher, aber auch andere Fachkräfte aus Eltern- und Familienbildung und Familienzentren, aber auch Fachberatungen sowie andere Interessierte.

Was vermitteln Sie ihnen konkret?

Sabine Kriechhammer-Yağmur: Dass es darum gehen muss, Partizipation zu ermöglichen und nicht zu vergessen, dass Flüchtlingskinder in erster Linie Kinder sind und geflohene Familien in erster Linie Familien. Die Teilnehmenden werden in die Lage versetzt, Ressourcen von Flüchtlingskindern und ihren Familien zu erkennen und zu nutzen. Wir bieten ihnen einen Rahmen, sich kollegial zu beraten, gegenseitig von ihren Kompetenzen und ihrem Wissen zu profitieren und sich zu vernetzen, die eigene Handlungsfähigkeit, aber auch deren Grenzen zu erkennen. Dazu gehören beispielsweise die Vermittlung von Grundlagen der Traumapädagogik, wichtigem Wissen über Fluchtgründe und die rechtlichen Rahmenbedingungen, aufgrund derer viele dieser Menschen lange Zeit mit ungesichertem Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Schließlich geht es auch um die strukturellen Rahmenbedingungen, die eine gute Arbeit für das Individuum braucht: Personal, Mittel, Fortbildung und so weiter.

Allgemein geht es darum, das Phänomen Fluchterfahrung als Teil der aktu-

ellen Lebenslage der Menschen ernst zu nehmen und individuell zu schauen, was das für den oder die Einzelne bedeutet. Nicht jedes Kind aus einer Flüchtlingsfamilie hat ein Trauma. Aber es ist wichtig, dass die Fachkräfte wissen, woran sie Traumata erkennen können und wie sie darauf eingehen können.

Beispielsweise?

Sabine Kriechhammer-Yağmur: Manche Kinder sind sehr angepasst und versuchen, bloß nicht aufzufallen, nicht zu zeigen, dass sie etwas bedrückt. Andere reagieren ungewöhnlich aggressiv auf Dinge, die sie irritieren. Die Kita soll für Kinder ein sicherer Ort sein, an dem sie sich geborgen fühlen. Dazu können Erzieherinnen und Erzieher beitragen, indem sie sich Zeit für das einzelne Kind nehmen, zugewandt, empathisch und aufmerksam sind. Indem es ihnen gelingt, das Vertrauen der Eltern zu gewinnen und gegebenenfalls an erfahrene Traumapädagoginnen und -pädagogen zu verweisen.

Aber wir haben nicht nur Kitas im Blick. Ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Frage, wie soziale Einrichtungen, aber auch Behörden, sich generell verändern müssen, um angemessen auf die Bedarfe von Menschen mit Migrationshintergrund eingehen zu können.

Damit wären wir dann wieder beim Thema interkulturelle Kompetenz.



Sabine Kriechhammer-Yağmur ist Referentin für Eltern- und Familienbildung beim Paritätischen Bildungswerk Bundesverband, Dozentin und interkulturelle Trainerin. Zuvor war sie Fachreferentin für Migration beim Paritätischen Gesamtverband. Die 58-jährige verbrachte ihre Kindheit und Jugend in Afrika und Asien. In Frankfurt am Main studierte sie Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung. In Birmingham und Amsterdam beschäftigte sie sich mit kulturkritischen Studien und kultursensiblen Arbeiten. Zudem war sie Bundesgeschäftsführerin des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Sabine Kriechhammer-Yağmur: ...als Schlüsselqualifikation in der sozialen Arbeit. In unseren Qualifizierungsmaßnahmen fragen wir immer genau nach, was die Teilnehmerinnen und Teilnehmer benötigen. Darauf gehen wir dann ganz gezielt ein. Wir vermitteln beispielsweise Basisinfos zu gesellschaftlichen und religiösen Fragen, die in der Ausbildung von Fachkräften im Sozialbereich meist kein Thema sind. Viele Fachkräfte haben kein oder nur ein sehr lückenhaftes Wissen über Migrationsgeschichte und -politik, über Fluchtursachen und vieles mehr. Das führt nicht selten zu Stereotypen, Vorurteilen, Missverständnissen und Konflikten.

Es ist uns wichtig, ein differenziertes und nicht kulturalisierendes Bild zum Beispiel von Muslimen zu vermitteln und so zu zeigen, dass es wirklich darauf ankommt, den einzelnen Menschen zu sehen. Denn es ist genauso unsinnig zu sagen: Alle Muslime leben ihren Glauben gleich, erziehen ihre Kinder gleich, praktizieren ihren Alltag gleich, wie es unsinnig wäre, das über Christen zu sagen. Es gibt viele Richtungen und Rechtsschulen im Islam. Und es gibt viele säkulare Muslime.

Ich finde sehr bemerkenswert, was der Leiter einer Alteinrichtung nach einem unserer Seminare gesagt hat: Das Wichtigste, was er über interkulturelle Öffnungsprozesse gelernt habe, sei, dass auch Muslime sehr unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wie sie

im Alter gepflegt werden wollen. Und dass es wichtig sei, diese Unterschiedlichkeit wahrzunehmen, sie aufzugreifen und Angebote zu machen, die allen gerecht werden. Eine aus dem Iran stammende Apothekerin, die in einer Alteinrichtung lebt, kann mit einer deutschen Apothekerin viel mehr gemein haben, als mit einer iranischen Reinigungskraft. Entscheidend ist nicht, welcher Nationalität ein Mensch von Geburt an angehört, sondern welchen Lebensentwurf er hat, welche Bezugsgruppen: Ob er oder sie religiös ist oder nicht, welche politische Meinung jemand hat, welchen Geschmack wir im Bezug auf Kleidung, Wohnungseinrichtung, Musik, Kunst und Essen haben. All das macht uns doch als Individuen aus.

Oft verhindern vorschnelle Kategorisierungen und Zuschreibungen aber einen offenen Dialog und ein unbefangenes Miteinander, ohne dass sich die Betroffenen dessen überhaupt bewusst sind...

Sabine Kriechhammer-Yağmur: Darum ist Selbstreflexivität eine wichtige Eigenschaft. Dass ich mich frage: Welche Werte sind mir selbst wichtig? Wie lebe ich sie? Wer definiert, was richtig ist? Gehöre ich zu denen, die die Definitionsmacht haben, oder werde ich definiert? All das sind Fragen, auf die wir in unseren Fortbildungen eingehen. Wir Menschen können nur schwerlich frei von Vorurteilen sein, es ist wichtig, sich dessen be-

wusst zu sein. Jeder Mensch macht sich ein Bild vom anderen. Wir sollten uns fragen: Woher kommen diese Bilder – und bereit sein, sie in Frage stellen zu lassen, zu überprüfen.

Verschieden zu sein ist normal. Aber durch Zuschreibungen wie typisch deutsch oder typisch chinesisch oder typisch arabisch machen wir den anderen Menschen zum Fremden. Und machen es uns damit vermeintlich leicht. Aber zugleich auch gegenseitig schwer, wenn man genauer hinschaut. So zeigt sich bei Konflikten in interkulturellen Teams nicht selten, dass die Erklärungsfolie Religion oft als Ursache herhalten muss, es in Wirklichkeit aber auf der zwischenmenschlichen Ebene hakt.

Wie stellt man das fest?

Sabine Kriechhammer-Yağmur: Indem man bereit ist, Fragen zu stellen, die Möglichkeit zuzulassen, dass etwas vielleicht ganz anders sein könnte, als ich glaube. Ich bin überzeugt: Es ist viel wichtiger, die richtigen Fragen zu stellen, als alle Antworten schon zu kennen. Ich kann unglaublich viel Faktenwissen angehäuft haben und trotzdem das Entscheidende nicht wissen oder sehen.

Fragen hilft!

Sabine Kriechhammer-Yağmur: Ja, aber auch da ist wichtig: Wie frage ich? So, dass mein Gegenüber das Gefühl hat, dass ich ehrlich an ihm interessiert bin und mit ihm in Kontakt treten will? Oder dient meine Frage eher dazu, mir die Macht anzueignen, den Menschen nur einzuordnen? Aufgrund seiner Hautfarbe beispielsweise. In unseren Fortbildungen machen wir viele praktische Übungen, die die Sensibilität für solche Aspekte fördern.

Die Fragen stellte Ulrike Bauer

Termine für das Seminar „Wenn der Elefant ein Panzer sein kann“ in Frankfurt am Main sind: 13. bis 15. April, 15. bis 17. Juni und 15. bis 17. November 2016.

Ein Seminar zur „Vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung in Familienzentrums, Kita und Schule“ findet am 15. und 16. Februar 2016 in Frankfurt statt. www.pb-paritaet.de

Auch du kannst das. Deutsch für Asylbewerber. Ehrenamtlich.



Flüchtlingen Deutschunterricht geben: Ein Online-Kurs vermittelt das Know-how

Die Internet-Lernplattform openSAP unterstützt ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die Flüchtlingen Deutsch beibringen. Das Gemeinschaftsprojekt des IT-Unternehmens SAP und des Paritätischen Gesamtverbands startet Anfang Februar.

Die deutsche Sprache zu lernen ist ein bedeutender Schritt auf dem Weg zu einer gelungenen Integration. Flüchtlingen dabei zu helfen, ist vielen Mitgliedsorganisationen des Paritätischen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern ein wichtiges Anliegen. Die große Motivation wird oft jedoch gebremst durch Zweifel auf Seiten der Ehrenamtlichen, ob sie die nötigen Fähigkeiten haben, Flüchtlingen Sprachkenntnisse zu vermitteln. Welche Anforderungen muss man erfüllen, um ehrenamtlich Deutschkurse für Flüchtlinge durchführen zu können? Welche organisatorischen, didaktischen oder versicherungstechnischen Fragen stellen sich dabei? Und nicht zuletzt – welche Belastungen können auf diejenigen zukommen, die in dieser ganz besonderen Situation einen Sprachkurs für oft durch Krieg und

Verfolgung traumatisierte Menschen geben? Diese und weitere Fragen werden im Online-Kurs beantwortet, den SAP, der weltweit größte Anbieter von Unternehmenssoftware, gemeinsam mit dem Paritätischen Gesamtverband entwickelt hat. Zu finden ist er auf www.open.sap.com/deutsch-ehrenamtlich.

Der Kurs zeichnet sich durch eine große Praxisnähe aus. In ihn sind sowohl Erfahrungen aus der alltäglichen Arbeit Paritätischer Mitgliedsorganisationen aus dem Bereich der Flüchtlingshilfe und Bildungsarbeit eingeflossen als auch Know-how, das viele engagierte SAPler als Freiwillige in diesem Bereich gesammelt haben. So gibt es auch viele praktische Hilfestellungen zur Didaktik und zahlreiche organisatorische Tipps.

„Neben Politik und Wirtschaft kann

jeder Einzelne von uns seinen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen in unserem Land leisten“, betont Stefan Ries, Mitglied des Global Managing Board der SAP SE und weltweit verantwortlich für das Personalwesen bei SAP. „Der Spracherwerb hat maßgeblichen Anteil bei der Integration. Zusammen mit dem Paritätischen wollen wir Freiwillige für die Sprachförderung von Flüchtlingen gewinnen. Zusätzlich zum Expertenwissen und Erfahrungsschatz beider Kooperationspartner stellt die SAP eine entsprechende Lernplattform und der Verband sein Netzwerk.“

Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorstandsvorsitzender des Paritätischen: „Das Online-Angebot ist für viele Ehrenamtliche eine willkommene Unterstützung, die ihnen den notwendigen Rückenwind für ihr bemerkenswertes Engagement gibt.“

Agenda der deutschen Flüchtlingspolitik

Ergänzend zu einer Reihe von Stellungnahmen des Paritätischen Gesamtverbands zu aktuellen asylpolitischen Gesetzesvorhaben hat der Verbandsrat eine grundlegende „Agenda der deutschen Flüchtlingspolitik“ verabschiedet.

Kernstück aller Maßnahmen der bundes- sowie europaweiten Asyl- und Flüchtlingspolitik muss nach Auffassung des Paritätischen der Schutz von Flüchtlingen und die Wahrung ihrer verbrieften Menschenrechte sein. Flüchtlinge durch verschiedenste Maßnahmen von der Einreise nach Europa, nach Deutschland abschrecken oder abhalten zu wollen sei weder humanitär vertretbar noch zielführend, heißt es in der Agenda.

Fluchtursachen bekämpfen

„Zentrales Ziel der Flüchtlingspolitik muss die Bekämpfung der Fluchtursachen sein. Wichtig ist dabei vor allem eine wesentlich bessere Verzahnung zwischen den verschiedenen Politikfeldern beziehungsweise Ministerien“, heißt es. Langfristige Entwicklungspolitik könne dazu beitragen, Krisen und Konflikte zu verhindern oder abzumil-

dern. Illusorisch sei jedoch die Annahme, dass Fluchtbewegungen aus den zahlreichen weltweiten Konfliktherden allein durch Flüchtlings- und Entwicklungspolitik verhindert oder gesteuert werden können.

Weitere legale Möglichkeiten zur Einwanderung schaffen

„Gerade am Beispiel der Flüchtlinge aus dem Westbalkan zeigt sich, dass für einen Teil der Flüchtlinge die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit einer der entscheidenden Gründe ist, das Land zu verlassen“, betont der Verband. „Um ihnen andere Möglichkeiten der Zuwanderung nach Deutschland als nur den Zugang über den Asylantrag zu ermöglichen, müssen legale Möglichkeiten der Einreise für Drittstaater zur Arbeitsaufnahme erweitert werden, ohne Lohndumping oder Arbeitsausbeutung damit zu befördern.“

Liste der „sicheren Herkunftsländer“ nicht ausweiten

Der Paritätische lehnt es ab, die Liste der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ zu erweitern. Er bezweifelt, ob angesichts der massiven Diskriminierung von Minderheiten in Albanien, Montenegro und Kosovo die Einstufung dieser Länder als sichere Herkunftstaaten zulässig ist. Die bisherigen Erfahrungen mit dem System der „sicheren Herkunftstaaten“ hätten zudem gezeigt, dass dies weder zu einer Verkürzung der Verfahren noch zu einem Rückgang der Asylbewerberzahlen aus diesen Ländern geführt habe. Die Gefahr, dass die Entscheidungen dem Einzelfall nicht mehr gerecht werden, steigt, wenn jeder Entscheidende beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge davon ausgehe, dass diese Länder verfolgungssicher seien. ▶▶

Anzeige

⊕ PROFESSIONAL SCHOOL

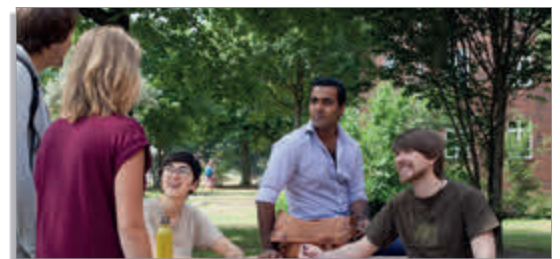


LEUPHANA
UNIVERSITÄT LÜNEBURG

BERUFSBEGLEITENDES ZERTIFIKAT MIGRATIONSMANAGEMENT MIGRATION UND INTEGRATION ERFOLGREICH GESTALTEN

Bilden Sie sich jetzt in nur einem Semester in dem hochdynamischen Feld der Migrationsarbeit professionell weiter.

Studieninhalte: z. B. rechtliche Grundlagen des Flüchtlings- und Migrationswesens, Sozioökonomische Rahmendaten, Integrationsmodelle und -strategien, Projekt- und Netzwerkmanagement, Konfliktmanagement, Selbstmanagement (Work-Life-Balance)



Jetzt bewerben für den Studienstart im April 2016 unter » www.leuphana.de/ze-migrationsmanagement



Unterstützung der Erstaufnahmestaaten in den Krisenregionen verstärken

Hauptaufnahmeländer der Flüchtlinge sind weltweit nach wie vor die unmittelbaren Nachbarstaaten. Im Nahen Osten etwa Jordanien, Libanon, Türkei. Die bisherigen Bemühungen der EU, diese Staaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen, sind aus Sicht des Paritätischen unzureichend. „Es muss gelingen, diese Staaten – die Aufnahmegesellschaft dort wie die dorthin Geflohenen – wesentlich besser zu unterstützen und ihnen eine Perspektive zu geben“, betont der Verband. Allerdings dürfe der Schutz von Flüchtlingen nicht alleine in die Transitstaaten verlagert werden. Die Europäische Union müsse sich ihrer Verantwortung für den Schutz der Flüchtlinge endlich stellen.

Legale Einwanderungsmöglichkeiten für Schutzbedürftige schaffen

Es sei unverantwortlich, dass auch diejenigen, die zweifellos schutzbedürftig seien, sich auf einen gefährlichen Weg nach Europa einlassen müssten, bei dem sie oft Leib und Leben riskieren, kritisiert der Verband in der Agenda. Um dies zu verhindern, müssten andere, legale Möglichkeiten der Einreise für Schutzbedürftige ausgebaut oder geschaffen werden: etwa durch die Ausweitung von humanitären Aufnahmeprogrammen/Resettlementprogrammen, humanitäre Visa oder die Ausweitung der Möglichkeiten, im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland zu kommen.

Flüchtlingsaufnahme in der EU solidarisch gestalten

Die Dublin-Verordnung, die regelt, welcher Staat für die Durchführung von Asylverfahren zuständig ist, ist gescheitert. Denn sie beinhaltet kein System der solidarischen Verteilung der mit der Aufnahme der Flüchtlinge verbundenen Aufwendungen. Zudem setzt eine Verteilung der Flüchtlinge in Europa voraus, dass deren Anerkennungschancen in allen Ländern gleich sind. Davon kann aber keine Rede sein. Es sollte auf europäischer Ebene einerseits sichergestellt werden, dass sich alle Staaten angemessen an der Flüchtlingsaufnahme beteiligen. Andererseits ist aber auch klar, dass die Flüchtlinge nur in den Ländern bleiben, in denen

sie tatsächlich sicher sind und für sich und ihre Familien eine Perspektive entwickeln können. Ein starres Quotensystem wird dem nicht gerecht. Der Paritätische fordert, die Belange der Flüchtlinge, ihre familiären, sozialen und kulturellen Bindungen vorrangig zu berücksichtigen. Statt Flüchtlinge umzuverteilen, sollten auf EU-Ebene Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden für die EU-Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen bzw. zum Aufbau von Aufnahmestrukturen. Nach der Anerkennung sollten die Flüchtlinge innerhalb der EU Freizügigkeit genießen.

Für schnelle und faire Asylverfahren

In Deutschland kommt aktuell der schnellen Bearbeitung der Asylanträge hohe Bedeutung zu. Um dies zu erreichen, bedarf es aber nicht nur der Aufstockung der personellen Ressourcen und Verbesserung der Verfahrensabläufe. Sinnvoll wäre es auch, Flüchtlingsgruppen mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit, also aus „unsicheren Herkunftsländern“, nach einer bestimmten Verfahrensdauer ohne weitere Prüfung des Einzelfalls einen humanitären Status zuzuerkennen, betont der Paritätische. Asylverfahren müssten zudem nicht nur schnell, sondern auch fair durchgeführt werden. Dazu gehöre auch eine unabhängige Beratung, die entsprechend gefördert werden sollte.

Entschiedenenes Vorgehen gegen rechte Gewalt

Der Paritätische mahnt: Angesichts der erschreckenden Zunahme rechtsextremistischer Straftaten, Übergriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte bedarf es einer konsequenteren Positionierung und eines gezielteren Vorgehens von Justiz und Politik gegen rechte Gewalt. Politikerinnen und Politiker müssten sich ihrer Verantwortung bewusst werden und geistige Brandstiftung, die durch unsachliche Diskussionen über „massenhaften Asylmissbrauch“ und die Infragestellung von Leistungen und Standards für Flüchtlinge ausgelöst werden kann, unterbinden.

Für menschenwürdige Unterbringung:

Aktuell geht es vor allem darum, die Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden sicherzustellen. Dies gelingt an vielen Orten nur aufgrund des gro-

ßen ehrenamtlichen Engagements. An vielen Stellen müssen zunächst provisorische Lösungen gefunden werden. Es muss aber verhindert werden, dass aus diesen Provisorien Dauerlösungen werden. Notwendig ist insgesamt eine deutliche Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus. Der Auszug von Flüchtlingen aus den Unterkünften in eine eigene Wohnung sollte erleichtert und gefördert werden. Notwendig ist dazu in der Regel eine unterstützende Beratung.

Unterstützung für besonders Schutzbedürftige sicherstellen

Alleinreisende Frauen, Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke, unbegleitete minderjährige oder traumatisierte Flüchtlinge sind besonders schutzbedürftig. Es muss sichergestellt werden, dass ihre Bedarfe schnell erkannt werden und adäquate Hilfsangebote zur Verfügung stehen, ebenso umfassende medizinische Versorgung.

Integrationsangebote ausbauen

Um die Integration der Flüchtlinge zu ermöglichen, muss ihnen von Anfang an der Zugang zum Bildungssystem gewährt werden. Notwendig ist beispielsweise die Aufstockung der Integrationskurse. Wichtig ist zudem der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt nach drei Monaten. Die Instrumente der Arbeitsförderung und die Maßnahmen zur Vorbereitung und Begleitung einer Berufsausbildung von Jugendlichen sind im vollen Umfang zugänglich zu machen. Gleiches gilt für den Zugang zur Berufsausbildungsbeihilfe und zum BAföG. Wichtig ist zudem die erleichterte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

Zivilgesellschaftliches Engagement stärken

Das enorme zivilgesellschaftliche Engagement für Flüchtlinge bedarf einer besseren Unterstützung. Zudem muss die Zivilgesellschaft stärker in die Ausgestaltung der Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge, in die Planung und Koordinierung der Flüchtlingshilfe eingebunden werden.

► Die Agenda im vollen Wortlaut und Informationen zu den verbandlichen Aktivitäten im Flüchtlingsbereich finden Interessierte auf www.fluechtlingshilfe.de.

Die AMIF-Auftaktveranstaltung mit den Netzwerkkoordinatoren. Am Pult: Krystyna Michalski (links) und Doris Kratz-Hinrichsen.
Foto: Rike Mueller|Diakonie Alt-Holstein



„Deutschland mit den Augen der Flüchtlinge sehen“

Der Paritätische Schleswig-Holstein hat mit mehreren Partnern einen Verbund geschlossen, um Flüchtlingen und Helfenden „Information, Qualifizierung, Orientierung“ zu geben.

Der Mann am Telefon klang aufgebracht: Wie es denn sein könne, dass die neuen Nachbarn nicht wüssten, wie die Mülltrennung funktioniere? „Die sind doch schon seit vier Wochen in Deutschland!“, schimpfte er über die syrische Familie, die nebenan eingezogen war. Andrea Dallek, die diesen wütenden Anruf entgegennahm, blieb nur eines: durchatmen und Ruhe bewahren. „Auch solche Themen sind für die Betroffenen echte Probleme und müssen ernst genommen werden“, sagt die Mitarbeiterin des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein. „Manchmal beginnt interkulturelle Öffnung eben an der Mülltonne.“ Es sind Kleinigkeiten wie diese, die darüber entscheiden, ob Flüchtlinge sich aufgenommen fühlen und wie sie ihren Platz in der bundesrepublikanischen Gesellschaft finden. Um diesen Prozess zu begleiten, ist in

Schleswig-Holstein ein Projekt gestartet, das sich auf verschiedenen Ebenen mit „Information, Qualifizierung, Orientierung für Flüchtlinge und MultiplikatorInnen“ beschäftigt. Dafür haben sich der Paritätische Schleswig-Holstein, das Diakonische Werk und der Flüchtlingsrat zum „AMIF-Netzwerk“ zusammengetan. Die Abkürzung steht für Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, der mit Mitteln der Europäischen Union und des Landes gefördert wird. Federführend ist der Paritätische, der gemeinsam mit dem Diakonischen Werk die Koordination übernommen hat.

Große Offenheit

„Als wir das Projekt konzipierten, habe ich befürchtet, wir müssten Klinken putzen – aber durch die aktuelle Lage sind alle Beteiligten offen und höchst interessiert“, sagt Krystyna Michalski,

beim Paritätischen Landesverband für den Bereich Migration und Flüchtlinge zuständig. Schleswig-Holstein ist durch seine geografische Lage nicht Einfallstür, sondern Ausfallstor für Geflüchtete: Menschen, die nach Schweden weiterreisen möchten, sammeln sich in Kiel und Lübeck an den Fährablegern oder am Flensburger Bahnhof. Ein Teil der Transitreisenden wird aber zurückgeschickt oder strandet aus anderen Gründen in Norddeutschland. Darüber hinaus kommen Flüchtlinge aus anderen Bundesländern in Schleswig-Holstein an – das Innenministerium rechnete Anfang Dezember mit rund 50.000 Zuwanderern bis Jahresende. „Angesichts dieser Zahl ist das neue Projekt ein Tropfen auf dem heißen Stein“, sagt Krystyna Michalski. Aber die Mittel, die über das EU-Programm fließen können, sind gedeckelt, die Landesregierung stockte die ▶▶

Summe sogar noch auf. Zudem erhielten regionale Flüchtlingsberatungsstellen, darunter mehrere Mitgliedsorganisationen des Paritätischen, Geld aus Landestöpfen, nachdem es nicht gelungen war, sie mit in das AMIF-Netz aufzunehmen.

Strukturen dauerhaft verbessern

„Wir stehen also im Bundesvergleich recht gut da“, betont Michalski. Dennoch sei die Aufgabe gewaltig: „Ziel ist, die Strukturen im Land dauerhaft zu verbessern.“ Das jetzige Projekt setzt damit Maßnahmen fort, die in den vergangenen Jahren mit Geld aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds begonnen wurden – nur mit größerem Tempo. Denn während Tagungen noch geplant und Konzepte erarbeitet werden, sind die Flüchtlinge längst da. Für sie richtete das Diakonische Werk als niederschwellige Anlaufstelle ein Beratungscafé in der Nähe der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster ein – ein Treffpunkt, um erste praktische Probleme zu lösen.

Hilfe bei psychischen Problemen

Aber viele der Neuankömmlinge sind durch Erlebnisse im Herkunftsland und die Flucht psychisch erschöpft, viele leiden unter posttraumatischen Belastungsstörungen, die behandelt werden müssen. Für diese Gruppe stockt das Land seine Fördermittel auf: Rund 300.000 Euro stehen 2016 zur Verfügung. Damit können die Zentren für Integrative Psychiatrie (ZIP) des

Uniklinikums Schleswig-Holstein in Kiel und Lübeck wieder Sprechstunden speziell für Flüchtlinge anbieten, zusätzlich zum Angebot, das der Paritätische bereits vorhält (wir berichteten in der Ausgabe 4|2015). Wirklich ausreichend seien aber drei Beratungsstellen für das Flächenland nicht, so Fachreferentin Michalski: „Gut wäre, überall Fachleute für die Arbeit mit Flüchtlingen zu haben.“

Regionale Runde Tische

Zurzeit entstehen, initiiert durch das AMIF-Netzwerk, in allen Kreisen und kreisfreien Städten regionale Runde Tische, an denen sich Fachleute psychiatrischer Kliniken und Praxen niedergelassener Therapeuten austauschen. Neu ist für viele die „Therapie zu dritt“, also Beratungsgespräche mit Unterstützung von Dolmetschern und Dolmetscherinnen. „Wir fangen mit einfachen Dingen an“, beschreibt Michalski. So werden Broschüren mit Tipps für die Praxen und Listen der Ansprechpartner für einzelne Themen in der Region erstellt.

Hilfe für Helfende

Ein Feld, das im Aufgabenbereich des Flüchtlingsrats liegt, ist die Hilfe für die Helfenden. Einige Schulungen zum Umgang mit Menschen anderer Kulturen richten sich an Angestellte der Verwaltungen, Behörden und der Polizei. Aber auch ehrenamtlich Aktive sind eine wichtige Zielgruppe. „Bis vor Kurzem engagierten sich Menschen

aus einer politischen Motivation heraus für Flüchtlinge, entsprechend brachten sie einiges an Vorwissen mit“, sagt Andrea Dallek vom Flüchtlingsrat. „Heute kommen Menschen, die spontan anpacken und helfen wollen.“

Regionalkonferenzen

In Regionalkonferenzen schulen Fachleute des Flüchtlingsrats die Freiwilligen, darunter auch Akteure der Lokalpolitik, aus Kirchen und anderen Gruppen. Die ersten Konferenzen dieser Art fanden schon im Frühjahr statt, obwohl die Zusage über die Fördermittel erst im Herbst vorlag: „Wir sahen den dringenden Handlungsbedarf und haben auf eigene Kosten losgelegt“, sagt Dallek. Denn die Ehrenamtlichen sind auf einmal mit Themen konfrontiert, die sie bisher nicht kannten: „Das fängt an mit praktischen Fragen: Wie läuft ein Asylverfahren ab? Hinzu kommen Ängste: Wird der junge Mann, dem ich seit Monaten Deutsch beibringe, abgeschoben? Die Ehrenamtlichen lernen Deutschland von einer ganz anderen Seite kennen, wenn sie es mit den Augen der Flüchtlinge betrachten – für viele ein Schock.“

Dabei gelingt manchmal auch ein Seitenwechsel, so etwa bei dem Mann, den an seinen syrischen Nachbarn die Mülltrennung störte: „Er hat die Familie kennengelernt und ist inzwischen ehrenamtlicher Pate der Kinder“, berichtet Dallek – interkulturelle Öffnung geglückt.

Esther Geißlinger



Einer von vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern am Flensburger Bahnhof. Auch für sie gibt es nun Angebote im Rahmen des neuen AMIF-Projekts. Foto: Esther Geißlinger



Helferinnen und Helfer am Hamburger Hauptbahnhof stemmen eine Riesen-Aufgabe

Seit Ende August kommen am Hamburger Hauptbahnhof täglich Hunderte Flüchtlinge an, die überwiegend nach Skandinavien weiterreisen wollen. Selbstorganisierte Freiwillige kümmern sich um sie. Der Paritätische Hamburg ist zu ihnen gegangen und hat gefragt: Was braucht ihr? Seither unterstützt er die Helferinnen und Helfer: erst mit Zelten, dann mit einer mobilen Kita und Koordination der ärztlichen Versorgung. Im Dezember sind die Freiwilligen in feste Räume am Hauptbahnhof umgezogen – unter der Trägerschaft des Paritätischen.

Bahnhofsvorplatz, Mitte November 2015, nachmittags:

Ein Kleinkind jammert leise. Nichts ist recht. Nicht der Arm der Mama, nicht der Löffel Suppe, nicht das gelbe Plastikpferd mit der goldenen Mähne. Erst als die Erzieherin das Pferdchen wiehern lässt, huscht ein Lächeln über sein Gesicht. Eingepackt in einen lilafarbenen Winter-Overall greift es nach dem Pferd und kuschelt sich an die Mama. Im November ist die mobile Kita des Paritätischen noch in einem beheizten Zelt vor dem Hamburger Hauptbahnhof untergebracht. Kinder von geflüchteten Familien können hier wieder unbeschwert Kind sein, wenn auch nur für kurze Zeit. Einige rollern trotz der Kälte vor dem Zelt auf Bobbycars oder pusten Seifenblasen in die Luft, andere hocken im Zelt auf kunterbunten Plastikstühlchen, malen, spielen mit Bauklötzen, puzzeln oder blättern in Bilderbüchern. Die Mütter stillen und

wickeln unterdessen ihre Babys oder trinken Tee und kommen für Momente zur Ruhe.

Beatrix Wildenauer-Schubert, Fachberaterin für frühe Bildung, Betreuung und Erziehung beim Paritätischen Hamburg, hat die mobile Kita organisiert. „Ich kam aus dem Urlaub, und da standen am Hauptbahnhof Zelte“, erzählt sie. Also packte sie an. Sie schrieb die Kitas an, die Mitglied im Paritätischen sind, und bat sie, tageweise Erzieherinnen und Erzieher für Schichten in der mobilen Kita freizustellen. 25 Kitas sagten zu und sichern täglich von 10 bis 16 Uhr die Kinderbetreuung. Während der Woche sind sie freigestellt, am Wochenende arbeiten viele zusätzlich ehrenamtlich.

Die mobile Kita wurde Ende Oktober eröffnet. Da waren freiwillige Helferinnen und Helfer schon wochenlang im Einsatz. Menschen wie Katharina Bauer. Als plötzlich täglich bis zu 1.000

Flüchtlinge am Bahnhof ankamen, ging sie einfach ins Reisezentrum, half ihnen gemeinsam mit Dolmetschern, Fahrkarten zu kaufen, begleitete sie zu ihrem Anschlusszug und sprach auf den Bahnsteigen Neuankömmlinge an – bis in die Nacht hinein. Irgendwann, so erinnert sie sich, hatten alle das Gefühl, nicht weggehen zu können. „Da haben wir die erste Nacht durchgemacht.“

Katharina Bauer hat im Sommer ihr Studium beendet und hatte Zeit. Monatlang blieb sie am Hauptbahnhof. Helfen, wenige Stunden schlafen, helfen. So haben es Hunderte junge Freiwillige in den ersten Wochen getan, viele von ihnen sind selbst geflüchtet. Sie richteten einen Infopoint mitten im Bahnhof ein, klapperten die umliegenden Bäcker, Lebensmittelläden und Hotels ab, die Wasser, Brötchen, Obst und Suppe spendeten. Sie versorgten Menschen, die in Flipflops und ►►

kurzen Hosen aus dem Zug stiegen, mit warmer Kleidung. Sie organisierten Schlafplätze für diejenigen, die spät abends am Bahnhof gestrandet waren, und brachten die erschöpften Menschen zu Notunterkünften. Die Al-Nour-Moschee beherbergte von Anfang an jede Nacht etwa 300 Menschen auf der Flucht, das Deutsche Schauspielhaus nahm Flüchtlinge auf, wenig später öffnete auch die Caritas ihren großen Saal. Die Helferinnen und Helfer am Hauptbahnhof leisteten mehr, als ihre Kräfte erlaubten...

Bahnhofsvorplatz, Mitte November 2015, spät abends:

Es regnet und stürmt so heftig, dass die Regenschirme umklappen. Die Bänke neben dem großen Versorgungszelt sind verwaist. Sidonie Fernau, Referentin der Stabsstelle Diversität und Migration im Paritätischen, hat ihre Kapuze fest über den Kopf gezogen, als sie an den Zelten auf dem Vorplatz vorbeigeht. Im großen Aufenthaltszelt sitzen noch immer Männer, die auf ihren Schlafplatz warten, nebenan im Versorgungszelt geben Helfer Brötchen, Getränke und Suppe aus. Anfangs sei es ihr schwergefallen, sich in der Helferstruktur zurechtzufinden, sagt Sidonie Fernau. So tat sie das, was auch alle Helferinnen und Helfer getan hatten. Sie ging zum Bahnhof und fragte nach: Was braucht ihr? Sie lernte Katharina Bauer kennen, die inzwischen eine der Organisatorinnen der Helfergruppe war, und schlug ihr vor, eine Kinderbetreuung zu organisieren. Die fand den Vorschlag super. Und dann ging alles schneller als geplant. Der ehrenamtliche Sanitätsdienst von Falck e. V., der auf Bitten der Bahn zwei Zelte aufgebaut und die medizinische Versorgung übernommen hatte, beendete seinen Einsatz am Bahnhof. Sidonie Fernau organisierte von einem Tag auf den anderen erst zwei kleine Zelte von „More than shelters“, dann zwei große blaue Zelte vom Jugendherbergswerk Scharbeutz und einen Container von der Firma EGGERS Umwelttechnik für die ärztliche Versorgung. Gleichzeitig starteten der Paritätische Hamburg und die Freiwilligen einen Aufruf, um ehren-

amtliche Mediziner zu finden, und der Paritätische organisierte die Kinderbetreuung. „Wir sehen die unbedingte Notwendigkeit, vor Ort humanitäre Hilfe zu leisten“, erklärte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Hamburg. „Wie alle anderen Helfer sind wir freiwillig am Hauptbahnhof aktiv. Wir helfen den Helfern und stärken die Strukturen vor Ort.“

Normalerweise organisieren die Helfergruppen alle Angebote selbst, erklärt Fernau, während sie weiter zum blauen Kinderzelt geht. Der Eingang ist wegen des Sturms fest verschnürt. Sandsäcke sichern die Seitenwände. „Wir organisieren nur die Kinderbetreuung und die medizinische Versorgung.“ Für diese Angebote seien Standards unerlässlich. So haben alle Erzieherinnen und Erzieher ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis. Fernau blickt zum Container nebenan, in dem Ärzte ehrenamtlich Notfälle versorgen. Der Paritätische prüfte alle Arztausweise und Ausbildungsurkunden der Krankenschwestern und anderen Personen mit abgeschlossenen medizinischen Ausbildungsberufen. „Vielen ist nicht klar, was auf sie zukommt.“ Häufig leiden die Patienten an Erkältung bis hin zur Lungenentzündung oder an offenen Füßen. Es kommen hochschwängere Frauen oder Mütter mit Säuglingen, die sie auf der Flucht entbunden haben. Es gebe mitunter auch Menschen, die ihre Niere verkauft haben, um die Schleuser bezahlen zu können. Sidonie Fernau deutet auf das Bieber-Haus, ein Kontorhaus aus der Gründerzeit, vom Bahnhofsvorplatz nur durch eine schmale Straße getrennt. Oben das Finanzamt, unten das Ohnsorgtheater, der erste Stock steht leer. Dort wolle der Paritätische in den nächsten Tagen eine Tagesstätte für Flüchtlinge eröffnen. „Wir brauchen dringend eine Immobilienlösung. Sobald es kälter wird, sitzen die Leute noch immer im Freien auf dem Bahnhofsvorplatz, weil der Platz in den Zelten nicht ausreicht. Das geht nicht.“

Bieber-Haus, zweite Dezemberwoche 2015:

Die Immobiliengesellschaft Alstria hat dem Paritätischen 900 Quadratmeter

Büroräume bis Ende August 2016 mietfrei überlassen. Die Sozialbehörde unterstützt die Hilfsangebote mit Weiterbildungsmitteln in Höhe von 200.000 Euro, das Finanzamt Oberalster setzt auf gute Zusammenarbeit. Wochenlang hat ein Arbeitskreis in Verhandlungen auf den Umzug hingearbeitet. Das Konzept für das Bieber-Haus hat der Paritätische gemeinsam mit allen entwickelt, die am Bahnhof helfen – den freiwilligen Helfern, der Al-Nour-Moschee und der Bahnhofsmision, den Hoffnungsorten Hamburg, der Caritas, dem Kirchenkreis Hamburg-Ost und dem Koordinierungsstab Flüchtlinge der Stadt Hamburg. So fiel auch die Entscheidung, drei Helfer aus der selbstorganisierten Helfergruppe einzustellen, die sich um den reibungslosen Ablauf kümmern.

Beatrix Wildenauer-Schubert drapiert in einem großen, hellen Büroraum rotweiß-gepunktete Kissen auf der Spielmatratze und beginnt Spielzeugkisten zu stapeln. Die mobile Kita ist als erste umgezogen. Danach werden die inzwischen 50 Ärztinnen und Ärzte ihren Behandlungsraum mit Wartezimmer und Lagerraum für Medikamente einrichten und die Helferinnen und Helfer den Versorgungsraum und die Aufenthaltsräume.

Humanitäre Hilfe zu leisten und bürgerschaftliches Engagement zu stärken – das war das Motiv des Paritätischen, als er anfang, am Bahnhof zu helfen. Zwei Monate später trägt er die Verantwortung für eine Büroetage und ist um zwei Erkenntnisse reicher: Ohne die selbstorganisierten Freiwilligen würde nichts laufen. Und: Enge Zusammenarbeit aller Beteiligten ist wichtig. So wachsen das Netzwerk und das Engagement. Der Kinderschutzbund wird helfen und auch die städtischen Kindergärten werden Erzieherinnen und Erzieher schicken. Sie alle werden die Erfahrungen vom Hauptbahnhof in ihre Kitas zurücktragen. „Sie sind sehr sensibilisiert worden“, sagt Beatrix Wildenauer-Schubert. Eine Kita betreue ja nicht nur ein Kind, sondern hat auch mit den Eltern zu tun. „Sie haben eine Idee, was die Mütter und Väter erlebt haben.“

Gerlinde Geffers

► www.paritaet-hamburg.de

Hand in Hand für Flüchtlinge

Große Benefizaktion des NDR

Flüchtlingen in Norddeutschland zu helfen – das war das Ziel der Aktion „Hand in Hand für Norddeutschland“. Vom 30. November bis 11. Dezember riefen alle NDR-Radioprogramme, das NDR-Fernsehen und das Internet-Angebot ndr.de im Rahmen der Benefizaktion gemeinsam zum Spenden auf. Mit den Einnahmen in Höhe von mehr als zwei Millionen Euro wird das Engagement Paritätischer Mitgliedsorganisationen in der Flüchtlingshilfe unterstützt.

In Berichten, Reportagen und Interviews erzählten Menschen, die geflohen sind, während der zwei Aktionswochen ihre Geschichte. Und auch jene, die sich in zahlreichen Projekten in Norddeutschland für sie engagieren, wurden vorgestellt. Am 11. Dezember setzten sich von fünf Uhr morgens bis zum späten Abend Prominente wie Cornelia Poletto, Thomas Roth und Lilo Wanders gemeinsam mit Moderatoren und Moderatorinnen an die Spendentelefone. Im Studio des Hamburg Journals war ein ganz besonderer Weihnachtsbaum geschmückt worden: mit mehr als 30 silbernen und goldenen Weihnachtskugeln, die von Prominenten wie Tom Beck, Lotto King Karl, Stefan Gwildis und den Scorpions signiert waren. NDR 90,3 und das Hamburg Journal versteigerten den Baum zugunsten der Aktion „Hand in Hand für Norddeutschland“. 2.222,22 Euro bot ein Hörer und bekam den Zuschlag. Tom Gaebel, Stefan Gwildis,

Orange Blue, Bernd Begemann, Sarajane und viele mehr spielten und sangen beim Hamburg-Sounds-Benefizkonzert. Ein großer Spendenabend im NDR-Fernsehen war dann der Höhepunkt der NDR-Benefizaktion. Gastgeber waren Judith Rakers und Andreas Kuhlage. Das Ergebnis all dieser Aktionen: Spendeneinnahmen in Höhe von 2.250.322,82 Euro, die zu 100 Prozent der Flüchtlingshilfe des Paritätischen zugute kommen.

Begeistert von großer Spendenbereitschaft
NDR-Intendant Lutz Marmor und Elke Haferburg, Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Mecklenburg-Vorpommern und Leiterin der Projektgruppe „Hand in Hand für Norddeutschland“, übergaben dem Vorsitzenden des Paritätischen Gesamtverbands, Professor Dr. Rolf Rosenbrock, kurz vor Weihnachten in Hannover einen symbolischen Scheck über die stolze Spendensumme. Marmor zeigte sich begeistert von der großen Spendenbereitschaft der

Norddeutschen. Gefördert werden sollen mit dem eingenommenen Geld Deutschkurse, Hilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Begegnungsprojekte und vieles mehr in Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.

Verbandsvorsitzender Rolf Rosenbrock sagte: „Wir freuen uns sehr über das Ergebnis der Benefizaktion und danken allen, die sich beteiligt haben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die vielen Tausend Ehrenamtlichen in unseren Organisationen leisten täglich wichtige Arbeit, die ein Grundstein für gelingende Integration ist. Wir sind dankbar, dass der NDR die Flüchtlingsthematik, unsere Mitgliedsorganisationen und das vielfältige Engagement der Menschen vor Ort ausführlich vorgestellt hat. Das war ein wichtiges Signal in die Gesellschaft.“

► Das Spendenkonto ist noch bis zum Februar geschaltet: www.ndr.de/hand_in_hand_fuer_norddeutschland/



Spendenübergabe in Hannover. von links:

Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, Lutz Marmor, Intendant des NDR, und Elke Haferburg, Direktorin des NDR Landesfunkhauses Mecklenburg-Vorpommern

Foto: Axel Herzig

Mit „Work for Refugees“ geht der Paritätische Berlin neue Wege

Die vielen Mitgliedsorganisationen, die in der Flüchtlingshilfe tätig sind, wissen: Arbeit zu haben ist eine wichtige Voraussetzung, damit Integration gelingt. Um Flüchtlingen bessere Jobperspektiven zu eröffnen, hat der Paritätische Landesverband Berlin gemeinsam mit der Stiftung Zukunft Berlin das Projekt „Work for Refugees“ ins Leben gerufen.

Warten und quälende Passivität prägen den Alltag vieler Flüchtlinge in Deutschland. Wie sehr, zeigt sich zum Beispiel bei denen, die zu Friederike Löwa kommen. „Egal, welchen Job die Geflüchteten machen wollen: Alle sind hochmotiviert.“ Die Ethnologin ist eine von drei Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle „Work for Refugees“. Seit Ende Oktober 2015 bietet dieses Projekt in Berlin eine Art Vermittlungsservice: Flüchtlinge sollen an Firmen und Unternehmen weitergeleitet werden, die Mitarbeiter suchen. Ein Angebot, das auf eine große Nachfrage trifft: Binnen weniger Wochen wurden fast 300 potenzielle Arbeitnehmer registriert. Zugleich haben sich 120 Arbeitgeber angemeldet, die mithelfen wollen, dass geflüchtete Menschen auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Initiiert hat das Projekt Professor Barbara John, die Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Berlin. Als langjährige Ausländerbeauftragte der Hauptstadt hat

sie viele Phasen der Zuwanderung erlebt und dabei erkannt: Die Teilhabe am Arbeitsmarkt bietet den besten Weg zur Integration. Auch, weil mit der Arbeit viele Lerneffekte verbunden sind. Im alltäglichen Miteinander ist es viel leichter, die deutsche Sprache und Kultur kennenzulernen als nur über Kurse. Passgenaue fachliche und sprachliche Weiterbildung könne den Prozess sinnvoll begleiten, meint John.

Schon Praktika zu finden ist schwer

Doch es ist schwer für Flüchtlinge, Arbeit zu finden. „Wir hören immer wieder: Die Jobcenter sind überfordert, die Bürokratie arbeitet langsam, die Unterstützung ist nur punktuell“, berichtet Friederike Löwa. Nach Sprachkurs und Bewerbungstraining folgt für viele Flüchtlinge oft wieder die Langeweile in der Gemeinschaftsunterkunft. Schon Praktika zu finden, die häufig ein erster Schritt auf dem Weg zu bezahlter Arbeit sind, ist eine große Herausforderung.

Das Projekt „Work for Refugees“ bietet den Geflüchteten einen unkonventionellen, niedrighschwelligigen Zugang zum Arbeitsmarkt. Oft sind es die Träger der Unterkünfte, die die Menschen – überwiegend aus Syrien, aber auch aus vielen anderen Herkunftsländern – auf den Service aufmerksam machen. Flüchtlinge können auf der Webseite, www.work-for-refugees.de in arabischer, englischer, französischer oder deutscher Sprache ihre persönlichen Daten eingeben – dank einer übersichtlichen Menüführung ist das leicht zu bewältigen. Friederike Löwa, ihre Kolleginnen und Kollegen sichten dann die Angaben und laden die Jobinteressenten in die Beratungsstelle ein. Im persönlichen Gespräch werden Deutsch- und Fachkenntnisse überprüft und Berufswünsche erfragt. Zudem werden die Arbeitgeber, die ihr Gesuch auf derselben Webseite eingeben können, beraten, wie sie sich auf die möglichen neuen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einstellen können.

Warten auf die Arbeitserlaubnis

Dass bislang nur wenige Arbeitsverträge unterschrieben sind, liegt vor allem an fehlenden Dokumenten. „Vier Wochen und länger kann es dauern, bis eine Arbeitserlaubnis von der Arbeitsagentur erteilt ist“, sagt Friederike Löwa. Zu den Hürden gehörten aber auch fehlende berufliche Sprachkenntnisse.

Integration in den Arbeitsmarkt – so könnte man die ersten Erfahrungen des Projekts zusammenfassen – ist Schwerarbeit auch für die Vermittler



Mitarbeiter des Projekts „Jobs for Refugees“ bei einer Jobbörse im Gespräch mit Flüchtlingen

Fotos:
Der Paritätische
Berlin



Professor Barbara John (Bildmitte), Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Berlin, beim Besuch in einer Flüchtlingsunterkunft.

Kontakt: Work for Refugees
Tel.: 030|86001-686
E-Mail info@work-for-refugees.de
www.work-for-refugees.de

im Umgang mit Behörden. Und immer wieder muss die Beratungsstelle frustrierende Erlebnisse verkraften. Bei einem von der Abschiebung bedrohten Mann aus Nigeria gelang es ihr zwar dank intensiver Betreuung, ihn in eine Qualifizierungsmaßnahme zu vermitteln und dann zwei Vorstellungsgespräche zu vereinbaren. Doch in einem Fall ging der Mann – trotz Wegbeschreibung – zu einer falschen Adresse, beim zweiten Arbeitgeber kam er genau sechs Minuten zu spät – und stieß auf keinerlei Verständnis. Besser lief es für einen 30-jährigen Mann aus Ägypten. Ein Mitarbeiter der Beratungsstelle hatte ihn zu einem Bewerbungsgespräch in einem Restaurant begleitet. Dessen Inhaber war überzeugt: Der Ägypter ist der beste

Bewerber, er will ihn als Küchenhelfer unbefristet anstellen. Fehlte noch die Erlaubnis der Ausländerbehörde, wo der Mann, wiederum unterstützt von einem Projekt-Mitarbeiter, vorsprach. Nach über einem Monat Warten war endlich klar: Es klappt – zur großen Freude des Ägypters, dem es sehr wichtig ist, seine Familie selbst zu ernähren und nicht von Sozialleistungen zu leben.

Alle sind froh über die Unterstützung

„Auch wenn das Ergebnis nicht in jedem Fall eine neue Arbeitsstelle ist: Alle sind froh über unsere Unterstützung“, sagt Friederike Löwa. Und sie ist optimistisch, dass die Zahl der Vermittlungen bald steigen wird. Das Spektrum der möglichen Berufsfelder,

in denen die Flüchtlinge tätig werden können und wollen, ist breit: Informationstechnologie gehört ebenso dazu wie das Bankgewerbe, kaufmännische Tätigkeiten, soziale Berufe und Gastronomie. Nur bei Handwerksberufen passen Angebot und Nachfrage bislang nicht zusammen. Das auch, weil diese Berufe in der arabischen Welt nicht so hoch angesehen werden wie solche im Handel oder in der Industrie.

Um die Vermittlung weiter zu erleichtern, sind Jobbörsen geplant. Interessierte Firmen sollen dann direkt mit Flüchtlingen in Kontakt kommen können. Auch die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen sind eingeladen, neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kennenzulernen.

Bernd Schüler

Mittel der „Aktion Deutschland Hilft“ für Flüchtlingsfrauen

Frauen sind unter den derzeit nach Deutschland kommenden Flüchtlingen zwar in der Minderheit, sie bedürfen jedoch aufgrund ihrer Erfahrungen vor oder während der Flucht, aber auch hinsichtlich der Aufnahmebedingungen hier besonderer Aufmerksamkeit. Der Paritätische Gesamtverband hat daher entschieden: Spendenmittel, die von der Aktion Deutschland Hilft (ADH) zur Förderung der Flüchtlingshilfe freigegeben sind, sollen im Paritätischen eingesetzt werden für Projekte, die sich in besonderer Weise hier in Deutschland für Flüchtlingsfrauen engagieren.

Neben spezifischen Beratungsangeboten wird es dabei unter anderem auch um Schulung beziehungsweise Sensibilisierung all derer gehen, die in der Flüchtlingsaufnahme tätig sind, damit sie die besonderen Bedarfe von Flüchtlingsfrauen erkennen, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind, und diesen angemessene Unterstützung anbieten können.

Dem Paritätischen Gesamtverband liegen jetzt schon weitaus mehr Anträge vor, als bewilligt werden können; im Januar wird voraussichtlich die Entscheidung über die Förderung getroffen.

Aktion Deutschland Hilft ist ein Zusammenschluss deutscher Hilfsorganisationen, die im Falle großer Katastrophen und Notsituationen im Ausland gemeinsam schnelle und effektive Hilfe leisten. Auch der Paritätische und einige seiner Mitgliedsorganisationen gehören dem Bündnis an. In Ausnahmefällen ist Aktion Deutschland Hilft auch im Inland tätig.

► www.aktion-deutschland-hilft.de

Siehe auch Berichte auf den Seiten 21 und 32

Jetzt ist Gemeinwesenarbeit gefragt

Integration findet in der Nachbarschaft statt.
Gemeinwesenarbeit zeigt, wie es geht.

Deutschland ist das Ziel vieler Flüchtlinge, wir sind inzwischen längst ein Zuzugsland. So richtig die Aussage im geopolitischen und statistischen Sinne ist, so ungenau ist sie, was die Frage der tatsächlichen Aufnahme angeht. Genauer wäre, von Zuzugskommunen, Zuzugsstadtteilen und am Ende sogar von Zuzugsstraßen und Zuzugshäusern zu sprechen. Denn die Wirklichkeit ist konkret. Sie wird bestimmt durch Orte, an denen Flüchtlinge untergebracht werden, und durch leibhaftige Menschen, die dort bereits wohnen.

Die Versorgung mit dem (Über)Lebensnotwendigen nach dem Grenzübertritt ist das eine, das andere ist die Integration in die deutsche Gesellschaft – was so viel heißt wie in eine Gemeinde und in eine bestimmte Nachbarschaft. Sind es in den Erstaufnahmestellen noch professionelle Helfer und ehrenamtliche Kräfte, die für das Nötigste sorgen, so kommt es in der Folgezeit darauf an, dass nachbarschaftliche Beziehungen entstehen. Muss anfänglich alles sehr schnell gehen, um akute Notlagen zu beheben, so kann es danach durchaus Jahre dauern, bis Menschen im sozialen Sinne ankommen und sich geborgen fühlen. Wie werden sie als neue Nachbarn empfangen, welches „Ansehen“ genießen sie in ihrer unmittelbaren Umgebung?

Den Menschen eine Bühne bieten

Das Wohnen an einem gemeinsamen Ort bringt Menschen zunächst nur räumlich zusammen. Die Voraussetzung für die gegenseitige Anerkennung ist das Kennenlernen. Ziel der Gemeinwesenarbeit (GWA) ist, in überschaubaren Quartieren Beziehungen zwischen Menschen zu stiften und zu festigen. Der „Trick“ der Gemeinwesenarbeit besteht darin, Menschen immer wieder eine Bühne zu bieten, auf der sie sich in ihrer jeweiligen

Eigenart und ihren Stärken präsentieren können. Bei Veranstaltungen im Stadtteil, in der Stadtteilzeitung, wo sie mit Namen und Gesicht vorgestellt werden. Mit der Methode der „sozialen Inszenierung“, die so angelegt ist, dass Menschen mit wenig Aufwand mitmachen und zu gemeinsamem Handeln finden können. Ein sehr schönes Beispiel für eine solche soziale Inszenierung ist dokumentiert in einem Gemeinwesenprojekt in Wien: In dem dicht bebauten Stadtteil „Am Schöpfwerk“, in dem Migranten aus aller Herren Länder wohnen, haben Kinder in Begleitung von GWA-Mitarbeiterinnen und -mitarbeitern an den Türen geklingelt und (erfolgreich) um Zutaten für das Backen von Kuchen gebeten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch eingeladen, beim gemeinsamen Backen dabei zu sein oder zum gemeinsamen Kaffee und Kuchen mit einem typischen Backwerk des eigenen Herkunftslandes vorbeizukommen. Ein Videofilm zeigt, wie diese Inszenierung im Stadtteil angenommen wurde (www.bassena.at/site/filme/article/305.html).

Gemeinwesenarbeit wendet sich an alle

Dabei geht es stets um die Einen und die Anderen. Denn Integration und Inklusion sind immer nur insoweit möglich, als „die Anderen“ mitspielen. Deshalb wendet sich Gemeinwesenarbeit mit ihren Aktivitäten grundsätzlich immer an alle Bewohner und Bewohnerinnen eines Sozialraums und nicht bloß an die „Fremden“, die auf diese Art und Weise immer wieder als „Problemfälle“ vorgezeigt würden. Allen sozialräumlich orientierten Arbeitsansätzen, egal wie sie heißen, ist zu eigen, dass sie in der überschaubaren Nachbarschaft eines Wohngebiets direkte Kontakte fördern und so erreichen, dass Menschen in unterschiedlicher Lebenslage und unterschiedlicher

Herkunft sich grundsätzlich als gleichwertig und deshalb als zugehörig betrachten. Nie soll es Zwang sein, sondern immer nur Ermöglichung. Neben diesem „ideellen“ Ziel steht natürlich immer auch die Sicherung der Existenz durch Einkommen, Wohnung, Energieversorgung, und gesundheitliche Versorgung. Deshalb bieten Gemeinwesenprojekte in der Regel auch Sozialberatung.

Einzelfälle, aber immer auch das ganze Feld!

Die Gemeinwesenarbeit hat in vielen Städten bewiesen, wie erfolgreich sie ist. Ihr Problem ist, dass das deutsche System der Wohlfahrtspflege auf Einzelfälle hin orientiert ist, während für sozialräumliche Lösungen keine Verpflichtung besteht. Im Gegenteil: Kommunen, die hier trotz akuter Finanznot freiwillig investieren, müssen sich mitunter vorhalten lassen, dass sie gegen Sparauflagen verstoßen...

Angesichts der vielen Flüchtlinge scheint es aber nun ein Einsehen zu geben, dass ihre Integration grundsätzlich nur mit den Mitteln einer Gemeinwesenarbeit zu schaffen ist. Die zumeist in freier Trägerschaft organisierte Gemeinwesenarbeit muss ihr Interesse an einer regulären Finanzierung für ihre Aufgaben deutlich artikulieren. Ein nicht geringes Hindernis dabei ist ihr „informationelles Steckenbleiben im Stadtteil“. Was hier sehr erfolgreich geschieht, findet auf den staatlichen Ebenen, wo die Programme gestrickt werden, nicht die gebührende Beachtung. Umso wichtiger ist, dass der Paritätische sich mit seinen Möglichkeiten für die Gemeinwesenarbeit und ihre Finanzierung einsetzt.

Armin Kuphal, ehrenamtlicher
Geschäftsführer der Paritätischen
Gesellschaft für Gemeinwesenarbeit
in Saarbrücken

Damit aus Geflüchteten Bürger und Bürgerinnen werden ...



Foto: Cross Over Tours;

Zum zweiten Flüchtlingsgipfel bei der Bundeskanzlerin hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) im Dezember eine „Aktuelle Standortbestimmung zu den Herausforderungen der Aufnahme und Integration von Geflüchteten“ vorgelegt.

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, BAGFW-Präsident und Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, betonte: „Die Freie Wohlfahrtspflege ist – neben den Kommunen – eine tragende Säule für die Integration von Geflüchteten in Deutschland.“ Mit dem Positionspapier fasst die BAGFW ihre Einschätzung der Lage zusammen und gibt konkrete Handlungsempfehlungen. „Die Integration ist eine große Aufgabe, sie kann aber gelingen, wenn die Gesellschaft

insgesamt sie annimmt. Wir möchten als Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege dazu einen konstruktiven Beitrag leisten“, so Rosenbrock.

Die Verbände erwarten, dass der Aufnahme der Flüchtlinge in Deutschland so früh wie möglich umfassende Angebote der Integration folgen, die allen offen stehen, die sich voraussichtlich länger oder auch dauerhaft in Deutschland aufhalten werden – „damit aus Flüchtlingen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes werden“. Dazu gehöre zum Beispiel auch deren nachhaltige Einbeziehung in Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements als Ausdruck von Teilhabe und Integration. Zu Beginn stehe jedoch eine unabhängige Beratung der Geflüchteten, die sie über ihre Rechte und Pflichten aufklärt und damit zur Verbesserung und Beschleunigung der Asylverfahren

beiträgt. Das Papier gibt die Positionen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in wesentlichen sozialen Bereichen wieder. Es gliedert sich in die Abschnitte: Erstaufnahme, Kinder- und Jugendhilfe und Schule, Ausbildung und Arbeit, Gesundheit, Wohnen, Zusammenleben in Deutschland, bürgerschaftliches Engagement und Beratungsstrukturen. Die BAGFW wendet sich damit vor allem an politische Entscheiderinnen und Entscheider sowie die zuständigen Verwaltungen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. Das Papier stellt aber zugleich auch eine Selbstverpflichtung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege dar, weiterhin an der Schaffung guter Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland mitzuwirken.

► www.bagfw.de/stellungnahmen/positionen

Zeit für einen Neustart in der Flüchtlingspolitik

Auf grundsätzliche Unterstützung des Paritätischen Gesamtverbands ist das im Dezember von fünf führenden SPD-Politikerinnen vorgestellte Eckpunktepapier zu Zusammenhalt und Integration in Deutschland gestoßen.

Das Papier weise den richtigen Weg. Es dürfe jedoch nicht die Tatsache ignoriert werden, dass ein Neustart in der Integrationspolitik ohne eine Umsteuerung in der Steuerpolitik nicht zu realisieren sei, betonte der Verband. Nur so bekomme der Staat genügend Mittel zusammen, um notwendige Maßnahmen einer offensiven Sozial- und Integrationspolitik umzusetzen. „Die Bundesregierung hat sich in der Flüchtlingspolitik komplett verstoßert. Es ist tatsächlich an der Zeit für einen Neustart. Das Ministerinnenpapier weist in die richtige Richtung, verschließt aber die Augen davor, dass Integration und Zusammenhalt fromme Wünsche bleiben, wenn wir nicht auch einen Neustart in der Steuerpolitik wagen“, sagte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Die im Papier avisierten fünf Milliarden Euro seien bei Weitem nicht ausreichend. „Wir benötigen einen zweistelligen Milliardenbetrag, um alle Menschen, von Langzeitarbeitslosen über Menschen mit Behinderung bis hin zu Wohnungs- und Obdachlosen mitzunehmen und alle Kommunen in die Lage zu versetzen, ihren Aufgaben der Daseinsvorsorge nachzukommen“, so Schneider. Nichtsdestotrotz sei zu hoffen, dass die Koalitionspartner den Impuls aufgriffen und sich mit Humanität und Sachlichkeit den anstehenden sozial- und gesellschaftspolitischen Aufgaben stellten, statt weiter über asylverschärfende Abschreckungsmaßnahmen zu streiten.

Fünf Spitzenpolitikerinnen der SPD haben im Dezember in Berlin einen Zwölf-Punkte-Plan für Zusammenhalt

und Integration vorgestellt. Für den Bereich Bildung fordert Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig beispielsweise 80.000 zusätzliche Kita-Plätze und 20.000 zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hält es für sinnvoll, für 450 Millionen Euro jährlich 100.000 „Arbeitsgelegenheiten“ nach dem Modell der „Ein-Euro-Jobs“ zu schaffen. So sollen niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge entstehen. Bundesbauministerin Barbara Hendricks will mit Mehrausgaben von 1,3 Milliarden Euro den Wohnungsbau fördern und die soziale Integration von Flüchtlingen vor Ort voranbringen. Um mehr Bildungsmöglichkeiten für Geflüchtete zu schaffen, müsste auch das Kooperationsverbot von Bund und Ländern fallen.

Die großen Herausforderungen für unsere Gesellschaft durch die steigende Zahl von Flüchtlingen waren das Hauptthema eines Treffens der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) unter der Präsidentschaft von Professor Dr. Rolf Rosenbrock (3.v.l.) mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Trotz aller unbestreitbaren Probleme war man sich einig, dass die großen Aufgaben mit vereinten Kräften zu meistern seien.

Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung



„Restriktion statt Integration“

Vor neuerlichen Beratungen im Bundestag zum „Asylpaket II“ hat Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, in einem Schreiben an alle Parteivorsitzenden, die zuständigen Minister sowie alle Bundestagsabgeordneten zentrale Kritikpunkte des Paritätischen erläutert.

Der Paritätische sehe mit großer Sorge, dass in kurzen zeitlichen Abständen immer neue Gesetzesverschärfungen im Asylbereich vorgelegt und verabschiedet werden, die keinesfalls – wie der Name suggeriere – nur auf eine Beschleunigung der Asylverfahren abzielen, sondern die Bedingungen für ein faires Asylverfahren und eine gelingende Integration teilweise deutlich verschlechterten, betont Schneider. Der Verband lehne die geplante Einschränkung der Familienzusammenführung vehement ab. Sie wäre inhuman, sie behindere die Integration und führe schlimmstenfalls dazu, dass sich die weiteren Familienmitglieder dann auf einen lebensgefährlichen und ille-

galen Weg nach Europa begeben. „Mit großer Sorge sehen wir, dass nach dem vorliegenden Gesetzentwurf bei dem Verbot einer Abschiebung beziehungsweise der Erteilung einer Duldung gesundheitliche Aspekte künftig nur noch unzureichend berücksichtigt werden sollen“, kritisiert Schneider.

Existenzminimum nicht unterschreiten

Auch eine Kostenbeteiligung der Flüchtlinge an ihren Integrations- und Sprachkursen ist für den Paritätischen nicht akzeptabel. „Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem Sozialgesetzbuch II markieren jetzt bereits ein Existenzminimum, das nicht unterschritten werden darf... Es kann sich durchaus der Verdacht aufdrän-

gen, dass es bei dieser angedachten Neuregelung in erster Linie um Leistungskürzungen und eine Neudefinition des Existenzminimums geht“, kritisiert Schneider. Er betont: „Um den besonderen Herausforderungen dieser Zeit gerecht zu werden, brauchen wir ein zielgerichtetes und entschlossenes Handeln, das den Grundsätzen der Humanität und einer inklusiven Gesellschaft verhaftet ist. Ein solches Handeln lässt sich in den bisherigen Vorschlägen nicht erkennen, die nach dem Eindruck vieler eher auf Restriktion denn auf Integration zielen.“

► Den vollständigen Wortlaut des Briefes finden Interessierte auf der Homepage www.der-paritaetische.de/presse/asyl

Flüchtlingsfrauen besser vor Gewalt schützen!

Ein Gutachten des Paritätischen Gesamtverbands macht deutlich: Es gibt in Deutschland erhebliche Zugangshürden zu Schutz- und Hilfeeinrichtungen für von Gewalt betroffene Flüchtlingsfrauen. Der Verband fordert den Gesetzgeber auf, durch entsprechende Klarstellungen den Zugang zu Zuflucht und Hilfe für alle von Gewalt betroffenen Frauen und ihre Kinder in Deutschland zu garantieren.

Zuständigkeitskonflikte zwischen Behörden, aufenthaltsrechtliche Beschränkungen und nicht zuletzt sehr unterschiedliche Handhabungen in den Bundesländern führten zu massiver Rechtsunsicherheit und Schutzlücken, kritisiert der Verband. „Es darf nicht vom Zufall des Wohnortes und dem Aufenthaltsstatus abhängen, ob eine Frau in

diesem Land Schutz vor Gewalt erhält oder nicht“, so Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Die derzeitige Rechtslage führe dazu, dass eine Asylbewerberin im akuten Ernstfall nur unter Verstoß gegen die sogenannte Residenzpflicht vor Gewalt fliehen könne. Zugang und Finanzierung eines Frauenhausaufenthaltes seien für Asylbewerberinnen davon abhängig, ob eine Behörde sich zuständig fühle, der Flucht vor Gewalt im Einzelfall zustimme und zu einer Finanzierung des Aufenthalts im Frauenhaus bereit sei. „Wer vor Gewalt Schutz sucht, muss unbürokratische sofortige Hilfe erwarten können. Derzeit müsste eine Asylbewerberin, die in einer Schutzrichtung Zuflucht sucht, juristisch sogar Sanktionen fürchten. Eine Klarstellung durch den Gesetzgeber ist ein Ge-



bot von Humanität und Vernunft“, so Schneider. Der Paritätische fordert konkret gesetzliche Klarstellungen unter anderem dazu, welche Behörde bei einer Flucht in ein Frauenhaus zuständig ist, welcher Kostenträger die Kosten für den Aufenthalt zu übernehmen hat und dass Sanktionierungen für betroffene Personen ausgeschlossen sind.

Siehe auch Seite Bericht auf Seite 32

Foto: Jann Wilken

Vielfalt leben! – Projektideen für ein gutes Zusammenleben gesucht

Der Paritätische Gesamtverband und der Union Versicherungsdienst laden Organisationen, Einrichtungen, hauptamtlich Beschäftigte und ehrenamtlich Engagierte im Paritätischen ein, sich am Ideenwettbewerb 2016 im Zuge der Internationalen Wochen gegen Rassismus zu beteiligen.

Wie kann Völkerverständigung funktionieren? Wo können Menschen unterschiedlicher Kultur und Herkunft zusammenfinden? Wie lässt sich ein Zeichen gegen Rassismus in der Gesellschaft setzen? Machen Sie mit! Wir suchen konkrete Aktionsideen zum Beispiel zu folgenden Fragen:

- Wie kann das Zusammenleben verschiedener Kulturen verbessert werden?
- Wie könnten unterschiedliche Zielgruppen vor Ort in Kontakt und Austausch gebracht werden?
- Wie lässt sich ein Zeichen gegen Rassismus setzen?
- Wie lassen sich geflüchtete Menschen vor Ort integrieren?

Zu gewinnen gibt es bis zu 1.000 Euro, um Ihre Projektidee umzusetzen oder zu starten. Die besten Einsendungen werden vom 10. bis zum 23. März im Zuge der Internationalen Wochen gegen Rassismus auf der Facebook-Seite des Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. vorgestellt. Per Online-Abstimmung können sich die User an der Abstimmung zum besten Vorschlag beteiligen. Der Sieger wird zur Hälfte durch die Stimmen der Online-Abstimmung und zur Hälfte vom Votum einer Jury gekürt. Die Preisträger werden zum Verbandstag des Paritätischen am 14. April 2016 nach Berlin eingeladen und erhalten dort das Preisgeld. Um teilzunehmen, senden Sie Ihre Ideen bis zum 29. Februar 2016 im On-

lineformular unter www.der-paritaetische.org/ideenwettbewerb mit. Erläutern Sie dort (egal, ob als Einzelperson oder im Team) kurz Ihren Vorschlag. Weitere Informationen und die Richtlinie zum Ideenwettbewerb finden Sie auf www.der-paritaetische.de/ideenwettbewerb. Bei allgemeinen Fragen rund ums Thema oder hinsichtlich Ihrer Entwürfe und Skizzen unterstützt Sie das Team des Ideenwettbewerbs.

Kontakt:

Christian Woltering,
Referent für fachpolitische
Grundsatzfragen beim
Paritätischen Gesamtverband
Tel.: 030|24636-304
E-Mail: gremien@paritaet.org

Neues Online-Tool erleichtert die Gefährdungsbeurteilung in Kindertagesstätten

Eine neue Online-Handlungshilfe erleichtert Verantwortlichen und Arbeitsschutzbeauftragten in Kindertagesstätten die gesetzlich vorgeschriebene Gefährdungsbeurteilung. Mit wenigen Klicks lassen sich Arbeitsbereiche auf potenzielle Risiken für die Beschäftigten überprüfen, Maßnahmen festlegen und die Ergebnisse dokumentieren. Wenn mehrere Einrichtungen vorhanden sind, kann das Tool als gemeinsame Vorlage genutzt wer-

den; Risiken und Arbeitsschutzmaßnahmen können miteinander verglichen werden. Im Praxistest mit mehreren Leiterinnen und Leitern aus paritätischen Kitas stieß die Arbeitshilfe durchweg auf positive Resonanz. Entwickelt wurde das Online-Tool von der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, dem Paritätischen Gesamtverband und der Unfallkasse Rheinland-Pfalz. Im Rahmen des Kooperationsprojektes

„Gesund und sicher arbeiten in kleinen und mittleren Einrichtungen des Paritätischen“ finden in sieben Landesverbänden des Paritätischen verschiedenste Aktivitäten rund um die Themen des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes statt.

Kontakt: Telefon 030|24636-343.

Das Online-Tool finden Interessierte ab sofort unter folgender Internetadresse: www.bgw-online.de/gefaehrdungsbeurteilung-kita.

Armutspolitischer Hauptstadtkongress

Aktuelle Fragen und Diskussionen zur Armutsentwicklung und zur Armutspolitik stehen am 7. und 8. Juli 2016 im Mittelpunkt des „Armutspolitischen Hauptstadtkongresses“, den der Paritätische Gesamtverband mit anderen Organisationen in Berlin veranstaltet. Mit dabei sind unter anderem Prof. Dr. Christoph Butterwege (Universität Köln), Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach (ehemaliger Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik), Dr. Rudolf Martens, Leiter der Paritätischen Forschungsstelle, sowie Prof. Dr. Stefan Sell (Hochschule Koblenz) und Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Abschlusskonferenz zum Wertedialog des Paritätischen

Mit der „Paritätischen Wertekonferenz“ im März 2015 und mehreren landesverbandsübergreifenden Regionalkonferenzen hat der Paritätische eine Plattform für eine innerverbandliche Wertediskussion geschaffen, die rege genutzt wurde. Mehrere Landesverbände haben den Wertedialog zum Schwerpunkt ihrer Mitgliederversammlungen gemacht oder dazu lokale Veranstaltungen durchgeführt. Auch überregionale Mitgliedsorganisationen haben das Thema aufgegriffen und in ihren Strukturen diskutiert. Auf der Abschlusskonferenz im April 2016 sollen nun die Impulse aus dem Prozess zusammengeführt, eine erste Bilanz gezogen und der Dialog mit Politik und Gesellschaft gesucht werden. Die Abschlusskonferenz findet statt am Donnerstag, 14. April 2016, von 10



bis 14.30 Uhr in der Kalkscheune in Berlin (Johannisstraße 2, 10117 Berlin, www.kalkscheune.de). Sie ist eingebettet in den Verbandstag und die Mitgliederversammlung vom 13. bis 15. April 2016.

Eine Anmeldung zur Abschlusskonferenz ist ab sofort möglich unter: www.werte.paritaet.org/anmeldung.

►► Aktuelle Informationen zum Wertedialog und zur Abschlusskonferenz finden Interessierte im Internet auf www.werte.paritaet.org.

Protest gegen TTIP und CETA:

Strategie- und Aktionskonferenz im Februar in Kassel

Das Bündnis TTIP Unfairhandelbar veranstaltet am 26. und 27. Februar 2016 im Campus Center der Universität Kassel eine Strategie- und Aktionskonferenz. Sie bietet lokalen Bündnissen und Initiativen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum eine Möglichkeit, sich weiterzubilden, sich zu vernetzen und gemeinsam strategische Entscheidungen zu treffen.

Das Bündnis, dem auch der Paritätische Gesamtverband angehört, sieht in den geplanten Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA und Kanada (TTIP und CETA) eine große Gefahr für bestehende soziale und ökologische Standards.

Gemeinsam mit 250.000 Menschen hat der Zusammenschluss von mehr als 170 Verbänden und Organisatio-

nen am 10. Oktober 2015 auf den Straßen Berlins gegen die geplanten Freihandelsabkommen demonstriert. Die selbstorganisierte Bürgerinitiative Stop TTIP ist mit mehr als drei Millionen Unterschriften aus ganz Europa die erfolgreichste Bürgerinitiative aller Zeiten. „Immer mehr Menschen haben erkannt, dass TTIP kein isoliertes Phänomen, sondern Ausdruck einer verfehlten Politik ist“, heißt es im Aufruf zur Strategie- und Aktionskonferenz. „Die TTIP-Lobby ist auf der ganzen Linie in der Defensive. Doch was kommt als Nächstes?“ Für viele Aktivistinnen und Aktivistinnen habe das vergangene Jahr eine anspruchsvolle Zeit gebracht, aber auch ermutigende Erfahrungen, die Lust auf weiteres Engagement machten.

Auf der Konferenz geht es daher um Fragen wie: Was haben Proteste gegen

Austeritätspolitik, Entsolidarisierung, Deregulierung oder Agrarindustrie mit den Protesten gegen TTIP zu tun? Mit welchen Strategien gewinnen wir diese Auseinandersetzung? Wie können wir unsere Argumente noch besser auf den Punkt bringen?

Interessierte können sich mit Workshops direkt in das Programm der Konferenz einbringen. Die Konferenz soll ihnen möglichst viel Gelegenheit bieten, ihre Themen zu diskutieren und ihre Ideen für Aktionen und strategische Ansätze voranzubringen. Gleichzeitig bietet sie mit Expertentopien die Möglichkeit, neue Einblicke in die bundesweite, europäische und transatlantische Debatte zu gewinnen und sich selbst einzubringen.

►► Weitere Informationen gibt es auf der Internetpräsenz <http://ttip-aktionskonferenz.de>.



BAGFW-Präsident Prof. Dr. Rolf Rosenbrock (links) mit den Preisträgerinnen und Preisträgern Nadya Luer vom rbb mit ihrem Kollegen Jo Goll (mit Schal), rechts neben ihm die Preisträgerinnen Nataly Bleuel und Margot Overath.

Foto: BAGFW|Dirk Hasskarl

Sozialpreis für engagierten Journalismus

Drei aus 340 eingesandten Beiträgen sind von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege mit dem Sozialpreis 2015 ausgezeichnet worden. Der Preis, den die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege seit 1971 verleihen, um den kritischen journalistischen Blick auf den Sozialstaat Deutschland zu würdigen und sozial engagierten Journalismus zu fördern, ist mit 15.000 Euro dotiert und wird in drei Sparten vergeben. Mit brisanten Themen, herausragender Erzählweise und besonderer Machart überzeug-

ten folgende drei Journalistinnen und ein Journalist die Jury:

In der Sparte Print bekam Nataly Bleuel den Sozialpreis für ihre Reportage „Herzessache“ zum Thema Organspende im ZEIT-Magazin.

In der Sparte Hörfunk ging der Preis an Margot Overath für ein Feature zum Tod des Asylbewerbers Oury Jalloh in der MDR-Sendung FIGARO. Der Titel: „Oury Jalloh. Die widersprüchlichen Wahrheiten eines Todesfalls“.

Den Preis in der Sparte Fernsehen erhielten Nadya Luer und Jo Goll für

einen Film zum Thema Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung mit dem Titel „Ware Mädchen. Prostitution unter Zwang“ im rbb-Fernsehen. Bei der Preisverleihung Ende November im Rahmen des BAGFW-Politikforums würdigten Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Präsident der BAGFW, und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles das besondere Engagement der Preisträgerinnen und Preisträger.

► Eine Präsentation der Veranstaltung finden Interessierte auf der Webseite www.bagfw.de.

„Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen“ jetzt unter Trägerschaft der NAKOS

Das Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen hat zum Jahreswechsel einen neuen Träger bekommen: die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen, NAKOS. „Dies ermöglicht es, die Schnittstellenfunktion der Selbsthilfekontaktstellen deutlich zu stärken“, betont

Joachim Hagelskamp, Bereichsleiter Gesundheit, Teilhabe und Dienstleistungen beim Paritätischen Gesamtverband. Zugleich werde der Paritätische mit den anderen Kooperationspartnern im Steuerungskreis weiterhin die Arbeit unterstützen und begleiten.

Netzwerkkoordinatorin Antje Liesener ist ab sofort unter folgenden Kontaktdaten erreichbar:

Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen

NAKOS – Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen
Otto-Suhr-Allee 115

10585 Berlin-Charlottenburg

Tel.: 030|89096254

► www.selbsthilfefreundlichkeit.de



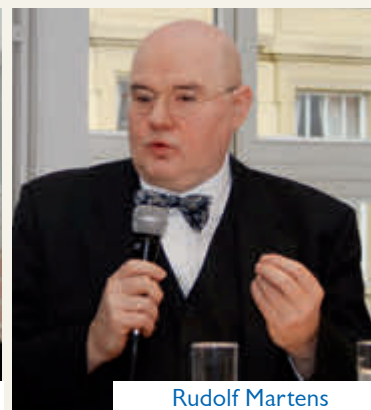
Friedhelm Hengsbach



Christoph Butterwegge



Stefan Sell



Rudolf Martens

„Vordergründig geht es um die Definition von Armut – tatsächlich aber um knallharte Interessenpolitik“

Als der Paritätische Gesamtverband im Februar 2015 unter dem Titel „Die zerklüftete Republik“ seinen jährlichen Armutsbericht vorlegte, erfuhr er ein bislang in dieser Weise noch nicht da gewesenes Echo: In mehreren Medien war von Armutslobbyismus, von Alarmismus, ungerechtfertigter Skandalisierung und gar von Armutsschwindel die Rede. Angriffe, die, wie Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider betonte, den Eindruck erweckten: Hier geht es längst nicht mehr nur um Kritik an den Berechnungsmethoden von Armutsquoten und um die Definition von Armut, sondern ganz offenkundig darum, die Glaubwürdigkeit des Paritätischen öffentlich in Misskredit zu bringen. „Und es ging darum, einen neuen Armutsbegriff in Deutschland zu installieren, der Armut auf Elend redu-

Fünf Sozial- und Politikwissenschaftler analysieren im Buch „Kampf um die Armut“ Hintergründe und Ursachen einer unsolidarischen Sozial- und Wirtschaftspolitik.

ziert: wenn Menschen obdachlos sind, wenn sie dazu gezwungen sind, zu betteln oder Flaschen zu sammeln.“ Wo Armut nicht so offensichtlich sei, wo sie sich darin ausdrücke, dass Menschen in unserer Gesellschaft nicht mehr teilhaben könnten, werde sie jedoch schlichtweg bestritten. Und damit auch die Notwendigkeit, etwas dagegen zu tun. Beispielsweise durch eine gerechtere Steuer- und Finanzpolitik, also: solidarische Umverteilung von oben nach unten, durch öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeits-

lose und durch deutliche Schritte gegen die zunehmende Altersarmut, durch die Integration der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge, durch eine offensive Sozialpolitik für alle von Ausgrenzung betroffenen und bedrohten Menschen in Deutschland.

Der Sammelband „Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen“ soll die heftig geführte Debatte darüber, was Armut ist und was nicht, fachlich und wissenschaftlich unterlegen. Herausgeber Ulrich Schneider, selbst auch mit einem Beitrag vertreten, hat dafür renommierte Sozial- und Politikwissenschaftler wie Christoph Butterwegge, Friedhelm Hengsbach, Stefan Sell und Rudolf Martens gewonnen. Gemeinsam stellten die Autoren Mitte November das Buch im Kölner Bürgerzentrum Alte Feuerwache vor. ▶▶

„Es besteht die Gefahr, dass nun die Armen gegen die noch Ärmeren ausgespielt werden.“



Ulrich Schneider

Blick ins Publikum im Bürgerzentrum Alte Feuerwache in Köln
Fotos: Ulrike Bauer

„Je krasser die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen wird, umso mehr muss man rechtfertigen, dass diese Entwicklung in unserer Gesellschaft akzeptiert wird“, betonte Christoph Butterwegge. Und das tue man, indem man den relativen Armutsbegriff diffamiere. „Man versucht stattdessen einen mittelalterlichen oder steinzeitlichen Armutsbegriff zu installieren, der nur Höhlenbewohner für arm erklärt, aber einen Hochhausbewohner im Hartz-IV-Bezug nicht mehr einbezieht.“ Armut werde auf absolute Armut reduziert: nicht genügend zu Essen, kein sauberes Trinkwasser, kein Obdach, keine medizinische Basisversorgung. „Und dann sagt man, unsere Sozialleistungen gewährleiten ja, dass diese absolute Armut nicht eintritt.“

„Armut in einem reichen Land kann viel demütigender sein“

„Es ist klar, dass Armut in Kalkutta etwas anderes ist als Armut in Köln“, räumte Butterwegge ein. „Aber Armut kann in einem reichen Land viel demütigender, viel erniedrigender, viel deprimierender sein.“ Weil arme Menschen inmitten von Wohlstand sozial ausgegrenzt würden. Butterwegge sieht mit Blick auf Flüchtlingskrise ebenso wie Ulrich Schneider die ernsthafte Gefahr, „dass nun die Armen gegen die noch Ärmeren ausgespielt werden“. Ohne ein engagiertes staatliches Gegensteuern, so Schneider, bestehe die große Gefahr, dass die steigenden Flüchtlingszahlen zu einer noch tieferen Spaltung der bundesdeutschen Gesellschaft führten, als sie ohnehin schon gegeben sei.

Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler Stefan Sell hält es für dringend notwendig, dass die Politik das Kapital stärker zur Finanzierung der sozialen Aufgaben des Staats heranzieht. Lohnabhängige hingegen müssten stärker entlastet werden. Nicht nur aus humanistischer, auch aus volkswirtschaftlicher Sicht seien Armut und zunehmende Ungleichheit schädlich für die Menschen und die Gesellschaft. Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die OECD sähen die negativen Effekte von Armut und erweiterter Ungleichheit ebenfalls kritisch. Nicht nur die Armut

Die Autoren

Prof. Dr. Christoph Butterwegge ist Professor für Politikwissenschaft am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Er ist Armutsforscher und Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien. Er blickt im Buch aus soziologischer und historischer Perspektive auf den politischen Umgang mit Armut.

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach ist Jesuit und einer der bedeutendsten Sozialethiker Deutschlands. Er war u. a. Professor für Christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt a. M. und Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik. Er lebt und arbeitet in der Katholischen Akademie Rhein-Neckar in Ludwigshafen. Hengsbach wendet sich in seinem Beitrag gegen die Individualisierung der Armutsrisiken und macht die Verantwortlichkeit von Politik und Wirtschaft deutlich.

Prof. Dr. Stefan Sell ist Professor für Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Sozialwissenschaften an der Hochschule Koblenz, Campus Remagen, und Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik der Hochschule Koblenz. Er lenkt aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive den Blick aufs Thema Armut.

der untersten zehn Prozent mit ihrer individuell sehr zerstörerischen Wirkung auf die Menschen müsse bekämpft werden, so Sell. Man könne auch nachweisen, dass es massive negative Auswirkungen auf die Gesellschaft, das Wirtschaftswachstum und Innovationen habe, wenn – wie in Deutschland – die unteren 40 Prozent der Gesellschaft als Niedriglohnbezieher durchs Leben gingen.

Der Sozialstaat wird demoliert

Sozialethiker Hengsbach betonte, Armut werde nicht von denen gemacht, die arm sind, „sondern weil die Märkte re-



Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen, Ulrich Schneider (Hg.) ISBN: 978-3-86489-114-4, 208 S., 14,99 Euro, E-Book: 11,99 Euro

Dr. Rudolf Martens ist Leiter der Paritätischen Forschungsstelle. Seine Arbeitsschwerpunkte sind empirische Sozialforschung, Regionalforschung, Statistik und Modellrechnungen. Er skizziert in seinem Beitrag, wie sich die steuer-, finanz-, sozial- und arbeitspolitischen Regelungen der vergangenen Jahre auf die Lebenswirklichkeit der Menschen ausgewirkt haben und warum immer mehr Menschen die Hilfe der Tafeln benötigen.

Dr. Ulrich Schneider ist Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands und Autor mehrerer Bücher zu den Themen Armut in Deutschland, Verantwortung des Sozialstaates und soziale Gerechtigkeit. Er stellt im Buch die empirischen Methoden und Hintergründe der Armutsdebatte detailliert dar und macht den interessengesteuerten Umgang der politisch Verantwortlichen mit dem Armutsbegriff transparent.

gieren und der Sozialstaat fahrlässig demoliert wird“. Nicht nur Armut müsse Gegenstand der Debatte sein, sondern auch Reichtum. „Beides ist gemacht“ – etwa durch politische Entscheidungen wie die Agenda 2010 und dadurch, dass die Politik sich in Geiselschaft der Finanzmärkte begeben habe. Rudolf Martens, Leiter der Paritätischen Forschungsstelle, machte deutlich, dass Armut für immer mehr Menschen in Deutschland keine vorübergehende Phase, sondern Dauerzustand sei. Dies lasse sich auch an der Entwicklung der Tafel-Bewegung nachvollziehen.

Paritätisches Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Die steigende Zahl von rechtsextrem motivierten Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und von Gewalttaten gegen Flüchtlinge führen drastisch vor Augen, wie dringend notwendig es ist, Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft entschieden entgegenzutreten.

Auch die neuen Strategien rechter Gruppierungen, um im sozialen Bereich Fuß zu fassen, stellen die Freie Wohlfahrtspflege vor neue Herausforderungen. Soziale Träger und ihre Beschäftigten benötigen daher Grundwissen über die modernen Strategien und Erscheinungsformen rechtsextremer Organisationen, deren Themen und Argumentationsmuster. Und es bedarf gezielter rechtlicher Informationen, um auf rechts-

extreme Äußerungen sowie auf Vereinnehmungs- und Unterwanderungsversuche adäquat reagieren zu können. Themen wie diese standen Ende November in Berlin im Mittelpunkt einer zweitägigen Fortbildungsveranstaltung des Paritätischen Gesamtverbands in Kooperation mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).

Bereits Ende Oktober hatte das Paritätische Bildungswerk Bundesverband Alltagsstrategien gegen Diskriminierung und Rassismus in den Fokus seiner Jahrestagung in Frankfurt a. M. gestellt. Eine Dokumentation dieser Tagung gibt es auf www.pb-paritaet.de. Schon im Sommer 2014 hat der Paritätische Gesamtverband seine Charta gegen Rassismus und Rechtsextremismus

verabschiedet. Die Charta wird durch einen kontinuierlichen Dialog des Paritätischen und seiner Mitgliedsorganisationen weiterentwickelt sowie von Öffentlichkeitsarbeit, politischer Bildung und Aufklärung durch Handlungsempfehlungen, Handreichungen und Arbeitshilfen flankiert. Im September ist die Charta auch in leichter Sprache erschienen – zu finden sind beide Versionen auf www.der-paritaetische.de.

Um ein Zeichen gegen Bedrohung und für Willkommenskultur zu setzen, hat der Paritätische Berlin eine Noteingangskampagne gestartet. Mit einem roten Aufkleber können Mitglieder und andere soziale Organisationen in verschiedenen Sprachen signalisieren: „Wir bieten Schutz vor rassistischen Übergriffen!“

Sparen leicht gemacht: Aktuelles zu Rahmenverträgen

Günstige Konditionen und eine einfache Abwicklung beim Einkauf ermöglichen nun auch folgende neue Partner den Mitgliedern des Paritätischen:

Eine große Artikelauswahl unter anderem aus den Bereichen Küche und Geräte, Besteck und Geschirr sowie Gläser, Becher und Isoliergefäße bietet Esmeyer für Verpflegung, Bewirtung und Ausstattung. Mitgliedsorganisationen des Paritätischen erhalten zehn Prozent Rabatt.

*

Papstar bietet mehr als 5.000 Produkte aus den Bereichen Einmalgeschirr und Serviceverpackungen, Tisch- und Raumdekoration sowie Einmalprodukte für Profiküche, Hygiene und Altenpflege. Mitgliedsorganisationen des Paritätischen erhalten einen Rabatt von zehn Prozent auf Shop-Artikel.

*

Um die Beschaffung so unkompliziert wie möglich zu gestalten, haben zahl-

reiche Rahmenvertragspartner exklusive Onlineshops für Mitgliedsorganisationen des Paritätischen eingerichtet. In den Shopangeboten sind häufig die Sonderrabatte bereits enthalten. Die Links zu den jeweiligen Shops finden Interessierte im internen Bereich auf der Homepage des Gesamtverbandes unter www.der-paritaetische.de/login.

*

Unter anderem hat nun auch das Autohaus Bleker als Spezialist für Citroën, Renault und Peugeot für den Paritätischen eine eigene Homepage eingerichtet. Auf dieser Seite können sich Mitglieder einfach und übersichtlich über die Konditionen sowie aktuelle Sonderaktionen informieren. Zudem werden sie dort über Themen wie Leasing, Sonderumbauten etc. aufgeklärt.

*

Auch TONER-EXPRESS (PARICOPY) hat eine neue Bestellplattform eingerichtet, um das Bestellen von Toner

und Tintenpatronen zu Vorzugspreisen noch schneller, bequemer und einfacher zu gestalten.

*

Weiterführende Informationen sowie Übersichten der Sonderkonditionen und Kontaktdaten der Partner finden Mitglieder auf der Homepage des Paritätischen Gesamtverbandes unter www.der-paritaetische.de in der Rubrik Intern|Rahmenverträge.

*

Der Paritätische Gesamtverband informiert mit einem Newsletter per E-Mail über Neuigkeiten und Sonderaktionen seiner Rahmenvertragspartner. Wer den Newsletter abonnieren möchte, kann dies tun mit einer E-Mail mit dem Betreff „Newsletter abonnieren“ an rvt@paritaet.org.

Kontakt:

Karsten Härle und Rebecca Neuparth
E-Mail: einkauf@paritaet.org
Tel.: 030|24536-471



Belastung der Pflegekräfte steigt

Als alarmierend hat der Paritätische Gesamtverband die Ergebnisse einer Studie der Universität Witten-Herdecke zur Belastung von Pflegekräften im Nachtdienst in deutschen Altenheimen bezeichnet.

Die Studie, nach der im Durchschnitt eine Einzelkraft für 52 Personen pro Nacht zuständig ist, ist Ausdruck der seit Jahren unzureichenden Personalschlüssel. Die zunehmend prekäre Versorgungsrealität in deutschen Pflegeheimen wird sich mit Inkrafttreten des neuen Pflegestärkungsgesetzes weiter zuspitzen, warnt der Verband und fordert eine Anpassung der Personalschlüssel.

„Die Personalschlüssel in der Pflege sind häufig so alt wie die Pflegeversicherung selbst und werden der veränderten Versorgungsrealität einfach nicht mehr gerecht. Dass heute mehr Menschen mit höherer Pflegebedürf-

tigkeit und vor allem auch mehr Menschen mit Demenz und damit höherem Betreuungsbedarf in den Heimen leben, wird bisher bei den Personalschlüsseln überhaupt nicht angemessen berücksichtigt“, kritisiert Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Gesetz löst Personalproblem nicht

Das Problem werde sich mit dem Pflegestärkungsgesetz II noch verschärfen, warnt der Verband. „Die jüngste Pflegereform bringt mit der überfälligen Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs viele richtige und wichtige Verbesserungen für pflegebedürftige

Menschen. Das Personalproblem aber löst dieses Gesetz nicht“, so Schneider. Nach überschlägigen Rechnungen des Verbandes bräuchte es vermutlich 30.000 zusätzliche Pflegekräfte, um die neuen gesetzlichen Vorgaben der jüngsten Pflegereform angemessen umzusetzen. Der Gesetzgeber verweise hier aber bisher stets auf die Einzelverhandlungen der Träger mit den Pflegekassen. Diese säßen am längeren Hebel. „Es ist Zeit, dass der Gesetzgeber die Pflegekassen zwingt, sich endlich den veränderten Realitäten zu stellen, um vernünftige Personalschlüssel und eine angemessene Refinanzierung zu ermöglichen“, fordert Schneider.

„Strom ist kein Luxusgut“

Als beschämenden Ausdruck sozialer Kälte hat der Paritätische Gesamtverband die Zunahme der Stromabschaltungen in deutschen Haushalten auf ein Rekordniveau von 352.000 im Jahr 2014 bezeichnet. Der Verband appelliert an die Bundesregierung, umgehend dafür zu sorgen, dass insbesondere Menschen in Hartz IV und in der Altersgrundsicherung in die Lage versetzt werden, ihre Stromrechnungen zu bezahlen.

In einer modernen Gesellschaft muss das Abschalten von Strom bei armen Menschen als barbarisch bezeichnet werden“, sagt Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Keinen Strom zu haben, bedeute oft, weder warmes Wasser zubereiten noch kochen oder heizen zu können. Gerade bei Haushalten mit kleinen Kindern, alten, kranken oder behinderten Menschen sei dies überhaupt nicht hinnehmbar. Der Verband weist darauf hin, dass der Bundesregierung seit Jahren bekannt sei, dass die Stromkosten durch die Regelsätze in Hartz IV und in der Altersgrundsicherung nicht ausreichend gedeckt sind. Die Unterdeckung betrage je nach Haushaltsgröße bis zu 280 Euro pro Jahr.

„Tatsächliche Kosten übernehmen“

Der Verband fordert Bundessozialministerin Andrea Nahles auf, umgehend dafür zu sorgen, dass die tatsächlichen Stromkosten von Haushalten, die von Fürsorgeleistungen leben, übernommen werden. Darüber hinaus sei die Neuermittlung und Anpassung der Regelsätze auf ein bedarfsgerechtes Niveau überfällig. Nach Berechnungen des Verbandes sind die derzeitigen Regelsätze, die auf Statistiken aus dem Jahr 2008 basieren, um 20 Prozent zu niedrig bemessen und wurden seitdem nur unzureichend angepasst.

Im Umgang mit dem Problem der Energiearmut einkommensarmer Haushalte wirft der Verband der Bundesregierung eine „Verzögerungstaktik auf Kosten der Hartz-IV-Bezieher“ vor. Die Antwort auf die Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion von Bündnis 90|Die Grünen zeuge von „kaltherziger Ignoranz“ gegenüber der Lebens-

wirklichkeit von Millionen Betroffenen. „Wenn die Bundesregierung angesichts der extremen Preissteigerungen für Strom seit 2008 auf der einen und einem extrem auf Kante genähten Regelsatz von nun 404 Euro auf der anderen Seite behauptet, sie sehe keine Anhaltspunkte für die Gefahr einer Bedarfsunterdeckung, ist das wirklich ignorant“, empört sich Schneider. Die Preise für Haushaltsstrom seien seit 2008 um 36 Prozent gestiegen, also nahezu „explodiert“.

Zynische Argumente

Der Verband weist darauf hin, dass die Bundesregierung mit ihrer Position in der Fachwelt isoliert ist. Bereits im Herbst 2013 hatten Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbände in einer gemeinsamen Charta auf das Problem hingewie-

sen und konkrete Vorschläge zur Unterstützung einkommensarmer Haushalte gemacht. Im Sommer 2014 hatte sogar das Bundesverfassungsgericht eine zeitnahe Lösung angemahnt. „Strom in Deutschland ist kein Luxusgut, sondern gehört wie ein Dach über dem Kopf zum Existenzminimum“, betont Ulrich Schneider. Als „zynisch“ und „durchsichtig“ bezeichnet er das Argument, wonach die Übernahme der Stromkosten in tatsächlicher Höhe keine Anreize zum Stromsparen setze. „Selbstverständlich sollen Stromkosten nicht mehr dort in voller Höhe übernommen werden, wo sie auf unwirtschaftlichem Verhalten beruhen. Ausgerechnet den Ärmsten unter uns maßlose Stromverschwendung zu unterstellen, ist einfach absurd“, so Schneider.

Kritik an Regelsatzberechnung

Als viel zu niedrig und „in keiner Weise bedarfsdeckend“ hat der Paritätische Gesamtverband die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze um fünf auf nun 404 Euro kritisiert. In einer aktuellen Studie weist der Verband der Bundesregierung manipulative Eingriffe in die statistischen Berechnungen nach, die zu einer massiven Unterdeckung der Regelsätze in Hartz IV führen. Der Verband fordert eine Korrektur und die Anhebung der Regelsätze um 23 Prozent auf 491 Euro.

„Der Regelsatz wurde bei seiner letzten Berechnung 2011 durch die damalige Arbeitsministerin von der Leyen willkürlich manipuliert und trickreich kleingerechnet“, so Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. „Was dabei herauskam, hat mit dem Existenzmi-

nimum nicht mehr ernsthaft etwas zu tun, sondern drückt Hartz-IV-Bezieher unter die Armutsgrenze. Es ist mehr als enttäuschend, dass auch Frau Nahles diese Tricksereien übernimmt, gehörte sie doch vor ihrer Berufung zur Arbeitsministerin zu den Hauptkritikerinnen der Methoden ihrer Vorgängerin.“ Schneider kritisiert, dass zur Ermittlung des Hartz-IV-Satzes für Alleinstehende die einkommensschwächsten 15 Prozent herangezogen wurden und nicht mehr wie bis 2011 die unteren 20 Prozent. Zudem seien in großem Umfang Einzelausgaben als nicht regelsatzrelevant gestrichen worden, z. B. für Zimmerpflanzen, Haustiere und deren Futter, für die Reinigung oder für die Verpflegung außer Hause. Die Expertise der Paritätischen Forschungsstelle steht auf www.paritaet.org.



Mit einer großen Demonstration hat das Aktionsbündnis „PEPP stoppen“ gegen die Einführung des Pauschalierenden Entgeltsystems in der Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) mobil gemacht. Mit großer Sorge verfolgt auch der Paritätische, der dem Bündnis angehört, die Entwicklung des Entgeltsystems für die Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie. Er sieht die Errungenschaften der Psychiatriereform der vergangenen 40 Jahre ernsthaft in Gefahr. Das Bündnis fordert, die Psychiatrie-Personalverordnung (Psych-PV) zu erhalten und weiterzuentwickeln, das wohnortnahe, flexible Versorgungsangebot auszubauen und ein Vergütungssystem zu schaffen, das den Aufwand angemessen abbildet. www.pepp-stoppen.de

„Chancen der Vergaberechtsreform für die Qualität sozialer Dienstleistungen nutzen“

Die anstehende Reform des Vergaberechts muss als Chance genutzt werden, die Qualität sozialer Dienstleistungen stärker zu berücksichtigen. Das fordert der Paritätische Gesamtverband gemeinsam mit den Kollegialverbänden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in einem Bündnis mit weiteren Unterstützern, die in unterschiedlichen Rollen an der Erbringung von Arbeitsmarktdienstleistungen beteiligt sind. In ihrem Positionspapier machen die Organisationen unter anderem Vorschläge, wie die „Qualität eines Bie-

ters“ im Vergabeverfahren adäquat abgebildet werden könnte. „Bieterbezogene Qualitätskriterien müssen in erster Linie eine Aussage über die individuelle Leistung der Bieter zulassen“, heißt es. „Das ist nicht möglich, wenn ihre Erfüllung überwiegend äußeren Einflüssen unterliegt, die sich der Steuerung der Bieter entziehen, wie bei der von der Bundesagentur vorrangig zugrunde gelegten Integrationsquote.“ Zum einen hätten die Anbieter auf die Zusammensetzung der Teilnehmerschaft von Qualifizierungsmaßnahmen keinen Einfluss. Zum anderen hänge die Aufnah-

meefähigkeit des Arbeitsmarkts sehr von aktuellen lokalen Entwicklungen der Konjunktur ab. Zudem führe die starke Konzentration auf die Integrationsquote dazu, dass nur noch die aussichtsreichsten Maßnahmeteilnehmer gefördert werden. Die gemeinsame Forderung lautet: Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots müssten Erfolg und Qualität bereits erbrachter Leistungen ebenso berücksichtigt werden wie etwa die Abbruchquote, Prüfungsergebnisse, die Zufriedenheit der Teilnehmenden, der regionalen Netzwerkpartner und des Auftraggebers.

Neues Karriereportal der Studentenwerke

Die im Deutschen Studentenwerk (DSW) zusammengeschlossenen 58 Studentenwerke sind mit einem neuen Karriereportal online gegangen. Auf „www.jobs-studentenwerke.de“ bieten sie Jobsuchenden eine ständig aktualisierte Online-Übersicht ihrer Stellenangebote.

„Mit der neuen zentralen Online-Karriereseite wollen die Studentenwerke zeigen, welche vielfältigen Karriere- und Jobchancen es bei ihnen gibt“, betont DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde. „Das Aufgabenportfolio der Studentenwerke ist so breit, dass sie für Menschen mit unterschiedlichster beruflicher und akademischer Qualifikation äußerst interessante Chancen bieten – von der Hochschulgastronomie über technische Berufe bis zu Erzieherinnen und Erziehern oder Verwaltungsfachleuten.“

Die 58 Studentenwerke in Deutschland beschäftigen fast 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In Umsetzung ihres staatlichen sozialen Auftrags, die Studierenden zu fördern, betreiben die Studentenwerke Mensen und Wohnheime für Studierende sowie Kinderbetreuungseinrichtungen; sie setzen das BAföG um und bieten studienbegleitende Beratung sowie Kulturangebote.

Kurzfilm:

Tanzen mit und ohne Behinderung

Kassandra Ruhm ist überzeugt: „Wer mit den Augen zwinkern kann, kann tanzen.“ In diesem Sinne engagiert sie sich dafür, Menschen mit und ohne Behinderung Freude am Tanzen zu vermitteln. „Bunter umso schöner tanzen“ heißt ihr inklusives Tanzprojekt. Außerdem macht sie Filme. „Dancing in the park“ heißt ein neuer Kurzfilm, der im Rahmen des Tanzprojekts erschienen ist und der indirekt auch vom Thema behinderte Menschen und Familie handelt:

<http://kassandra.erinatranslations.de/index.php?section=tanzvideos>.

Das besondere Produkt:

Entspannen auf der Albliege

Von der Designer-Tasche über schicke Wohn-Accessoires bis hin zum selbstgerösteten Espresso – immer mehr Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder Betriebe, in denen arbeitslose Frauen und Männer beruflich qualifiziert werden, setzen auf das Besondere: auf Produkte, die in relativ kleinen Mengen hergestellt werden und nicht nur durch Schönheit, sondern auch durch hohe Qualität bestechen. Eine Auswahl dieser Produkte stellen wir in der Rubrik „Sozialer Handel“ vor.

Ein ideales Relax-Möbel für draußen ist die Albliege. Sie bietet mit ihrer geschwungenen Form nicht nur viel Liegekomfort, sondern ist durch die witterungsunempfindlichen Materialien – eine feuerverzinkte Stahlkonstruktion und unbehandelte Douglasie aus dem Schwarzwald – sowie das schlichte Design auch ein Outdoor-Möbel, das sich jeder Umgebung anpasst. Die Albliege ist ein Produkt aus der „Albkult“-Reihe – der neuen Marke der Stiftung Lebenshilfe Zollernalb. Sie steht für schicke Eigenprodukte der Stiftung, die komplett in deren Werkstätten von Menschen mit und ohne Behinderung hergestellt werden. Sehr originell ist beispielsweise auch das Schwaben-Notfall-Paket – eine Holzkiste mit Linsen von der Alb, einer Packung Spätzle und einer Flasche regionalen Bieres.

Sozialer

Handel

Die Stiftung beschäftigt ungefähr 600 Menschen mit und 400 Menschen ohne Behinderung. Die Logistik und der Vertrieb sowie die komplette Metallbearbeitung sind in der AIZ gGmbH (Arbeitsideen Zollernalb) angesiedelt. Sie ist ein Integrationsunternehmen, das circa 50 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bietet. Hiervon ist die Hälfte von behinderten Menschen besetzt.

Es gibt die Albliege in einer eckigen und einer abgerundeten Version zum Aufstellen mit und ohne Bodenverankerung für 680 bis 700 Euro.

Nähere Infos und Kontakt:
AIZ gGmbH, Albstadt-Lautlingen
Tel.: 07431 98972-120
E-Mail: info@albkult.de



Medikamente in der Schwangerschaft: Internetseite mit wichtigen Informationen

Ein wichtiges Angebot für alle, die im Sozial- und Gesundheitswesen mit Schwangeren arbeiten, ist die Internetseite des Pharmakovigilanz- und Beratungszentrums für Embryonaltoxikologie: www.embryotox.de. Unter Pharmakovigilanz sind alle Aktivitäten zu verstehen, die sich mit der Aufdeckung, Bewertung, dem Verstehen und der Prävention von Nebenwirkungen oder von anderen arzneimittelbezogenen Problemen befassen. Für Schwangere und deren ungeborene Kinder sowie für Stillende ist das besonders wichtig. Das Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie ist ein öffentlich gefördertes, unabhängiges Institut, das seit 25 Jahren Ärztinnen und Ärzten sowie anderen im Gesund-

heitswesen Engagierten unabhängige Informationen zur Verträglichkeit der wichtigsten Medikamente und zur Behandlung häufig vorkommender Krankheiten bei Müttern und werdenden Müttern in Schwangerschaft und Stillzeit bietet. Die Angaben auf der Internetseite beruhen dem Institut zufolge auf aktuellen wissenschaftlichen Daten und stimmen nicht immer überein mit den Informationen auf den Beipackzetteln.

Zwei neue geplante Embryotox-Projekte sind Studien zur Medikamenteneinnahme in der Schwangerschaft: eine zu Antihypertensiva (Bluthochdruck-Medikamenten) und eine weitere zu nicht steroidalen antiinflammatorischen Medikamenten (wie Diclofenac und Ibuprofen).

Filme über Inklusion und Barrierefreiheit

Drei Kurzfilme zu Barrierefreiheit und Inklusion dokumentieren ein Projekt des Stadtteilzentrums Berlin-Pankow. Sie sind aus einer Zusammenarbeit von Kerstin Gaedicke, freiberufliche Trainerin für den Umgang mit sehbehinderten und blinden Menschen, und Ulrike Pohl, Referentin für Menschen mit Behinderungen des Paritätischen Berlin, in Kooperation mit dem Medienkompetenzzentrum Pankow entstanden. Themen sind:

- Dokumentation eines Projekttag
- Interviews mit Kerstin Gaedicke und Ulrike Pohl
- Extra: Wie erkennen blinde Menschen eigentlich Geld? Und wie sehen blinde Menschen Farben?

Interessierte können sich die Filme auf dem youtube-Kanal von jugendhilfebewegt-berlin anschauen: youtube.com/user/jhbwegtber.

ausgezeichnet – ausgezeichnet – ausgezeichnet

Das Projekt „CABUWAZI Beyond Borders“ des Berliner Kinderzirkus Cabuwazi ist als eines der besten Projekte zum Thema Integration mit dem Sonderpreis des Berliner Hauptstadtpreises ausgezeichnet worden.

Im Rahmen des Projekts gehen Zirkuspädagogen und -pädagoginnen, die selbst aus unterschiedlichen Kultur- und Sprachkreisen kommen, mit Jongliermaterial, Akrobatikmatten und Hula-Hoop-Reifen unter anderem in die Notunterkunft für Flüchtlinge am Olympiapark und in Übergangwohnheime in Marienfelde und Spandau. Dort trainieren sie in den Ferien oder in regelmäßigen Kursen mit Kindern aus Syrien, Afghanistan, Albanien und anderen Ländern. Am Ende des Projekts zeigen die Kinder ihr Gelerntes in einer vielfältigen Zirkusshow.

Der Hauptstadtpreis geht jährlich an die besten Berliner Projekte zum Thema Toleranz und Integration. Er wird von der Initiative Hauptstadt Berlin e.V. verliehen, deren Schwerpunkt die

Verbesserung der Lebensbedingungen und Bildungschancen von Kindern ist. Finanziert wird der Preis von Berliner Unternehmen. Der Sonderpreis ist mit 5.000 Euro dotiert.

Einige Zirkuskurse und Ferienwochen wurden im Rahmen des Förderprogramms Kultur macht stark – Bündnisse für Bildung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung durch die Programmpartner Zirkus macht stark, den Paritätischen Gesamtverband, das Paritätische Bildungswerk Bundesverband und die Deutsche Sportjugend sowie vom Berliner Senat und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung gefördert.

www.ihb.berlin
www.cabuwazi.de

*

Die Online-Beratung Youth-Life-Line des Arbeitskreises Leben e.V. (AKL) Reutlingen|Tübingen ist einer der sieben Preisträger des Deutschen Engagementpreises 2015. Seit 1976 bietet der AKL Reutlingen|Tübingen Suizidgefährdeten und Menschen in Le-

bens Krisen Hilfe und Unterstützung. Der Verein unterhält je eine Krisenberatungsstelle in Reutlingen und Tübingen sowie die Online Jugendberatung www.youth-life-line.de.

www.deutscher-engagementpreis.de

www.ak-leben.de

*

Der Freundeskreis Flüchtlinge im Netzwerk für Flüchtlinge Rödermark e.V. erhielt zusammen mit vier weiteren Initiativen den Hessischen Integrationspreis 2015. Die Initiative wurde von der Jury ausgewählt, um die seit 1991 währenden hervorragenden Bemühungen des Trägervereins zu prämiieren. Dazu gehören jahrelange Vernetzungsarbeit, die Beteiligung an wegweisenden kommunalen Integrationsprojekten sowie der im März 2014 gegründete „Freundeskreis Flüchtlinge“, in dem sich ehrenamtliche Helfer und Helferinnen etwa mit Sprachförderung, Freundschaftsfest und Fahrradwerkstatt für Flüchtlinge engagieren.

www.hsm.hessen.de

www.netzwerk-fluechtlinge-roedermark.de

„Du bist ein Gewinn“

Mit ihrer neuen Online-Plattform www.du-bist-ein-gewinn.de bietet die ARD-Fernsehlotterie Einblicke in die Arbeit sozial engagierter Menschen. Damit will sie einerseits eine Diskussion darüber anstoßen, wie Hilfsbereitschaft konkret gelebt werden kann, aber auch Projekten Mut machen, sich für eine Förderung zu bewerben. Interessierte finden dafür auf der Plattform Tipps. Die Porträts auf du-bist-ein-gewinn.de zeigen die ganze Vielfalt des sozialen



Engagements: Ein Dorfcoach in Mecklenburg-Vorpommern lässt sich bei seiner Arbeit begleiten. Ein anderer Text stellt den Kölner Verein „Zurück in die Zukunft“ vor, der Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln Beratung, Sprach- und Bildungskurse bietet. Ein weiterer Beitrag handelt von einer Fahrradwerkstatt in Rosenheim, die Räder für Flüchtlinge herrichtet. Die Plattform startet in einer Zeit, in der die Menschen im Land in ihrer Solidarität für Flüchtlinge besonders gefragt sind. Um das Engagement der vielen zu unterstützen, die sich schon einsetzen, hat die Deutsche Fernsehlotterie aktuell zusätzliche Fördermittel bereitgestellt, mit denen Projekte zur Versorgung und Integration von Flüchtlingen finanziert werden sollen. Zugleich dürften aber auch die nicht zu kurz kommen, die neben den Flüchtlingen weiterhin auf Hilfe angewiesen seien. Die bisherige Förderung von Angeboten für diese Zielgruppe bleibe daher unverändert bestehen, so die Fernsehlotterie.

Demenzfreundliche Kommunen

Immer mehr Menschen sind im Alter von einer Demenz betroffen. Wie man Orte schaffen kann, an denen diese Menschen weiter teilhaben können, zeigt das Buch „Im Leben bleiben – Unterwegs zu Demenzfreundlichen Kommunen“. Verena Rothe, Gabriele Kreuzner und Reimer Gronemeyer von der Aktion Demenz haben dafür Erfahrungen von 78 lokalen Projekten gebündelt. Ihr Buch ist im transcript Verlag erschienen: Print 24,99 Euro, 288 Seiten, ISBN 978-3-8376-2996-5 E-Book 21,99 Euro, ISBN 978-3-8394-2996-9, www.transcript-verlag.de.

Gelungene Praxisbeispiele in der Jugendsozialarbeit

Mit seiner Video-Reihe „Innovation und Verstetigung“ stellt der Paritätische Gesamtverband gute Praxisbeispiele in der Jugendsozialarbeit vor. Interessierte finden die Videos auf www.jugendsozialarbeit-paritaet.de.

Erfahrungsberichte – Erfahrungsberichte

Michaela Haas war eine erfolgreiche Journalistin und Moderatorin, als sie sich mit 27 Jahren auf einer Reise durch Nepal und Indien eine schlimme Viruserkrankung zuzog. Acht Monate lag sie stark geschwächt darnieder und musste in dieser Situation auch noch erfahren, dass ihr damaliger Ehemann sie ständig belog, um seine diversen Affären zu vertuschen. Auf einmal stand die junge Frau vor einem Trümmerhaufen,



nicht nur körperlich schwer krank, sondern auch seelisch erschüttert vom schlimmen Vertrauensbruch. Doch ihre eigene Geschichte erzählt sie eher nebenher im Buch

„Stark wie ein Phönix“, für das die jetzt 45-Jährige zwölf Männer und Frauen interviewt hat, die schwere Lebenskrisen und traumatische Erfahrungen bewältigt haben: der Jazzmusiker Coco Schumann beispielsweise, der Auschwitz überlebt hat, eine amerikanische Armee-Ärztin, die im Irak furchtbare Gewalt erliden musste und später ein Resilienzprogramm für US-Soldaten entwarf, die erfolgreiche Autistin Temple Grandin, ein Surfer, dem eine Welle das Genick brach und der sich heute wieder mit dem Brett aufs Wasser wagt und andere Menschen mit Behinderung mitnimmt, eine junge Frau, die keinerlei Schmerzempfinden hat und daher immer wieder in gefährliche Situationen gerät. Was und wer hat ihnen dabei geholfen, das unbestreitbar Schlimme nicht nur zu ertragen, sondern zuversichtlich nach vorne zu blicken, gestärkt aus Krisen hervorzu-

gehen und mitunter sogar über ihr altes Selbst hinauszuwachsen? Was unterscheidet solche resilienten Menschen von jenen, die an schlimmen Schicksalsschlägen zerbrechen? Um das herauszufinden, hat die Autorin neben Betroffenen auch Psychologen und andere Expertinnen befragt, die sich wissenschaftlich mit posttraumatischem Wachstum befassen. Michaela Haas, die heute unter anderem als Coach arbeitet, hat ein sehr beachtenswertes Buch geschrieben: informativ, spannend, ermutigend und hilfreich zugleich. Denn sie gibt auch eine Reihe praktischer Empfehlungen, wie Menschen ihr seelisches Immunsystem stärken und Traumata bewältigen können.

432 S., Hardcover, 22,99 Euro, eBook, 19,99 Euro, Verlag O. W. Barth, www.droemer-knaur.de

Ulrike Bauer

Leben mit ADHS und Autismus: „Ich sende und empfange immer“

Asperger-Autismus und gleichzeitig ADHS? Das klingt ungewöhnlich, ist aber gar nicht sooo selten. Wie der Alltag der Betroffenen sich damit gestaltet? Es gibt keinen Alltag. Das zumindest sagt Denise Linke auf der ersten Seite ihres Buchs „Nicht normal, aber das richtig gut“.

Der Einstieg in ihre Geschichte ist grandios, darum hier gleich ein längeres Zitat: „Am meisten von allen Dingen, die mich retten, hilft wahrscheinlich, dass ich keinen Alltag habe. Und am meisten von allen Dingen, die bei mir regelmäßig für Panikattacken sorgen, quält mich wahrscheinlich, dass ich keinen Alltag habe. Alltag, das klingt einengend und klein und schnürt mir die Kehle zu. Keinen Alltag zu haben, fühlt sich dagegen an wie ein freier Fall. An guten Tagen genieße ich, wie alles in rasender Geschwindigkeit an mir vorüberzieht, die Welt sieht dann aus wie mit Wasserfarben hingetupft. Ständig neue Reize, dauernd lachen, Bewegung immerzu. Dann ist mein ganzer Tag eine Tanzszene aus einem Baz-Luhrmann-Film. Es gibt keine freie Sekunde, um nachzudenken. Um in Ruhe irgendwo zu sitzen und zu spüren, wie meine Gedanken im Kreis geschleudert werden, so schnell,

dass die Zentrifugalkraft sie gegen meine Stirn presst und ich Kopfschmerzen bekomme. Je schneller und lauter das Leben, desto leiser sind die an mir nagenden und die mich lähmenden Erinnerungen, die mich lähmenden Ängste... Mein Aufmerksamkeitsdefizit und meine Hyperaktivität, kurz: mein ADHS, machen es mir unmöglich, in den Stand-by-Modus zu gehen. Ich sende und empfange immer – egal, ob es erforderlich ist oder nicht... Mein Autismus macht es jedoch unumgänglich, Ruhezeiten einzulegen, um die leergesaugten Batterien wieder aufzuladen. Ein ewiges Hin und Her.“ Dieser wunderbare Stil zieht sich zwar nicht durch das ganze Buch, blitzt aber immer wieder durch in diesem kurzweilig geschriebenen Selbstporträt der 26-jährigen Wahlberlinerin, die in Berlin und Potsdam Politikwissenschaften und Zeitgeschichte studiert hat. Sie gibt seit 2014 die „N#mmer“ heraus, ein „Magazin für Autisten, AD(H)Sler und Astronauten“, wobei mit Astronauten „neurotypische Menschen“ gemeint sind, die Denise Linke auf „ihren Planeten“ einlädt. Mit dem Ziel, Aufklärungsarbeit zu leisten, um die Mythen zu vertreiben, die um die Begriffe Autismus und ADHS in den Köpfen der Menschen kreisen... Dieser Mission



dient auch ihr Buch, ebenso wie inzwischen etliche Medienauftritte, die sie mit Bravour meistert. Dabei verheimlicht sie keinesfalls, wie schwer es ihr als Autistin fällt, neue Menschen kennenzulernen, sich auf sie einzulassen, zu verstehen, wie sie mit ihnen umgehen muss und was sie von sich preisgeben kann. Aber da ist halt auch die quirlige ADHSlerin, die sich spontan ins pralle Leben stürzt, kopfüber in abenteuerlichste Aktionen springt. Ihr Buch ist ein Aufruf an die Gesellschaft, die Talente und Fähigkeiten eines jeden einzelnen Menschen zu erkennen und wertzuschätzen, Klischees und Stereotype zu überwinden, genauer hinzuschauen und den Menschen hinter der diagnostischen Zuschreibung zu sehen. **BerlinVerlag, 208 Seiten, 20 Euro, ISBN: 978-3-8270-1278-4** UB

impresum



Magazin des PARITÄTISCHEN
ISSN-1866-1718
Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110
Internet: www.der-paritaetische.de
E-Mail: nachrichten@paritaet.org
Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:
Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424
Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311

Verantwortlich für die Landesseiten:
Brandenburg: Andreas Kaczynski,
Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0
Hessen: Günter Woltering, Tel.: 069/95526220
Mecklenburg-Vorpommern:
Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0
Sachsen: Thomas Neumann,
Tel.: 0351/4916654
Thüringen: Stefan Werner,
Tel.: 036202/26-231

Titelbilder: Basis und Wooge | Franziska Gottschalk, Jann Wilken (2), Ulrike Bauer

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr
Für Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, Anzeigenverwaltung und Vertrieb:
Der Paritätische – Gesamtverband e. V.,
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
Schwanheimer Straße 110,
60528 Frankfurt am Main



„Der Rechtsweg ist nicht ausgeschlossen!“

„Der Rechtsweg ist nicht ausgeschlossen!“ heißt ein vierjähriges Gemeinschaftsprojekt des Bundesverbands für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm) und des Bundesverbands Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK). In Modellregionen wollen sie aufzeigen, wie dauerhafte Strukturen zur sozialen und sozialrechtlichen Beratung über Teilhabeleistungen und deren Durchsetzung für Menschen mit Behinderung und ihre Familien aufgebaut und etabliert werden können. Diese individuell, kompetent und anwalt-schaftlich, also nur dem Interesse der Ratsuchenden verpflichtete Beratung

verstehen beide Verbände als Ergänzung bestehender Beratungsmöglichkeiten. Sie geht durch ihren lebensbegleitenden Charakter aber auch weiter und zielt auf die dauerhafte Stärkung des Einzelnen durch Empowerment. Bei einer Auftaktveranstaltung am 26. und 27. Februar 2016 in Rheinsberg möchten die Verbände alle Akteure zusammenbringen: haupt- oder ehrenamtliche Berater aus den Strukturen der Leistungsträger, der Fachverbände, der Verwaltung und der Bundes-, Landes und lokalpolitischen Ebene. Nähere Informationen gibt es auf www.derrechtsweg.de.

Konferenz zum Thema Frauengesundheit

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und das Bundesministerium für Gesundheit veranstalten am 19. April 2016 in Köln die 2. gemeinsame Frauengesundheitskonferenz „Im Fokus: Psychische Gesundheit von Frauen“. Nähere Informationen zur Konferenz finden Interessierte auf www.frauengesundheitsportal.de.

Kulturelle Aspekte in der Frühförderung

Die Bedeutung kultureller Aspekte für das System der interdisziplinären Frühförderung steht am 4. und 5. März 2016 im Mittelpunkt einer Tagung an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Organisiert wird sie von der Arbeitsstelle Frühförderung Bayern, Tel.: 089|545898-20, E-Mail: paed@astffby.de.

Krebskongress in Berlin

Vom 24. bis 27. Februar 2016 findet im CityCube Berlin der 32. Deutsche Krebskongress statt. Unter dem Motto „Krebsmedizin heute: präventiv, personalisiert, präzise, partizipativ“ stehen die jüngsten wissenschaftlichen Ergebnisse der Krebsmedizin und gesundheitspolitische Aspekte der Krebsversorgung in Deutschland im Fokus. Weitere Infos: www.dkk2016.de.

Deutscher Pflgetag

Der Deutsche Pflgetag findet vom 10. bis 12. März 2016 in der STATION Berlin statt. Aktuelle Informationen rund um den Deutschen Pflgetag sowie zur Anmeldung sind verfügbar auf der Internetseite www.deutscher-pflgetag.de.

Paritätische Fachtagung:

„Präventionsgesetz – Was nun?“

Im Sommer 2015 wurde nach vier gescheiterten Anläufen das lange erwartete Präventionsgesetz verabschiedet – seit Januar ist es in Kraft. Vom 31. Mai bis 1. Juni 2016 zieht der Paritätische Gesamtverband nun bei einer Fachtagung in Berlin eine erste Bilanz: Was klappt gut? Gibt es Nachbesserungsbedarf? Welche „Good-Practice“-Projekte gibt es bereits? Über diese und weitere Aspekte können Interessierte aus Mitgliedsorganisationen mit Verantwortlichen aus Politik, Vertreterinnen und Vertretern der Krankenkassenverbände, der sozialen Arbeit und weiteren Akteuren diskutieren.

2017 in Düsseldorf:

Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag

Der 16. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag findet im nächsten Jahr, also 2017, vom 28. bis 30. März in Düsseldorf statt. Das Motto der von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ ausgerichteteten Großveranstaltung im Messe-/Kongresszentrum lautet: „22 mio. junge Chancen – gemeinsam. gesellschaft. gerecht. gestalten.“ Themen werden unter anderem sein: Ganztagsbildung (Jugendhilfe und Schule), neue Wege der Finanzierung, Inklusion und Kinderarmut, aber auch der demografische Wandel und die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern. Nähere Informationen gibt es auf www.jugendhilfetag.de.

Empowerment-Training für Menschen mit MS

PariVital als Bildungseinrichtung des Paritätischen im Kreis Minden-Lübbecke und Herford bietet Menschen mit Multipler Sklerose die Möglichkeit, durch eine angeleitete ressourcenorientierte Arbeitsweise in einer Seminarreihe

- ihre Stärken zu entdecken
- neue Wege zu finden und auszubauen
- Hilflosigkeit und Opferhaltung abzubauen
- als Experte oder Expertin in eigener Sache das Leben selbstbestimmt und mit Freude zu gestalten.

Geleitet wird das Empowerment-Training von zwei ausgebildeten Trainerinnen, die selbst mit der Diagnose Multiple Sklerose leben.

Das Training findet an drei Wochenenden in Bielefeld statt: 12. bis 14. Februar 2016, 8. bis 10. April 2016 und 17. bis 19. Juni 2016.

Nähere Informationen gibt es unter Tel.: 05741|3424-31 und 3424-32 sowie auf www.parisozial-mlh.de.